

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Wintergrundlinien 2013/14

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2013) : Wintergrundlinien 2013/14, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 80, Iss. 51/52, pp. 3-32

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/89196>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wintergrundlinien 2013/14



von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Konjunktur nimmt Fahrt auf 3

Europa und die Weltwirtschaft:
Erholung verfestigt sich 4

Deutsche Wirtschaft:
Aufschwung zögerlich, aber breit angelegt 15

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Die Krise im Euroraum ist weiterhin ein hohes Risiko« 33

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung für Deutschland 34

Am aktuellen Rand Kommentar von Dorothea Schäfer

Die Finanztransaktionssteuer ist keine Symbolsteuer 40



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
80. Jahrgang
18. Dezember 2013

Der nächste Wochenbericht
erscheint am 9. Januar 2014.

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01806) 14 00 50 25,
20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz,
60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:

Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 83 JAHREN

Das Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels

Rein gefühlsmäßig ist allgemein bekannt, daß im Weihnachtsgeschäft manche Waren und Warengruppen besonders stark in den Vordergrund treten. Die verschiedenartige Bedeutung des Weihnachtsgeschäfts für die einzelnen Zweige des Einzelhandels wird aber meistens doch nicht so klar erkannt, wie sie aus nachfolgenden Zahlen hervorgeht.

Die gesamten Einzelhandelsumsätze liegen im Dezember um etwa 60 v. H. (1929 = 1,8 Mrd. RM) über dem durchschnittlichen Monatsumsatz, der ungefähr in den Sommermonaten erreicht wird. Wenn auch bereits in den Monaten Oktober und November die Umsätze etwas zu steigen pflegen, so entfällt doch der überwiegende Teil der Steigerung auf den Dezember. Von November auf Dezember steigen die Gesamtumsätze des Einzelhandels noch um rd. 50 v. H. Aber auch hier sind erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Warengruppen festzustellen. Während sich z. B. der Spielwarenumsatz von November auf Dezember fast verdreifacht, haben die Umsätze in konfektionierten Bekleidungsgegenständen ihren jahreszeitlichen Höhepunkt bereits im Oktober überschritten; sie steigen unmittelbar vor dem Weihnachtsfest nur noch verhältnismäßig wenig an. Einen Überblick über diese Verschiedenheiten, die sich z. T. sogar zwischen nah verwandten Branchen – z. B. Damenkonfektion und Mädchenkonfektion – zeigen, gibt die bunte Beilage zu diesem Wochenbericht.

aus dem Wochenbericht Nr. 33 vom 12. November 1930

Die Redaktion des DIW Wochenberichts wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes und erholsames Weihnachtsfest sowie ein glückliches und gesundes Jahr 2014.

Konjunktur nimmt Fahrt auf

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Im Jahr 2013 dürfte die deutsche Wirtschaft um 0,4 Prozent wachsen und bleibt damit unterausgelastet; die Produktionslücke beträgt gut ein Viertel Prozent. Im Jahr 2014 wird das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 Prozent zunehmen und die Produktionslücke wird sich annähernd schließen; im Jahr 2015 ist sie leicht positiv, da das Bruttoinlandsprodukt mit etwa zwei Prozent erneut stärker als das Produktionspotential zulegt.

Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft hat sich im dritten Quartal nochmals erhöht. Dabei wird der Aufschwung mehr und mehr von den Industrieländern getragen. Die konjunkturelle Belebung beruht zumeist auf der Erholung des privaten Konsums und wird in erster Linie von der allmählichen Verbesserung auf den Arbeitsmärkten und den niedrigen Inflationsraten gestützt. Aber auch in den Schwellenländern beschleunigte sich das Wachstum zuletzt deutlich; insbesondere in Indien und China war die konjunkturelle Dynamik hoch. Trotz einer erwarteten Rückführung der unkonventionellen Maßnahmen in den USA wird die Geldpolitik global weiterhin sehr expansiv sein. Zudem dürfte die Finanzpolitik weniger dämpfend wirken als zuvor. Die im weiteren Verlauf abnehmende wirtschaftspolitische Unsicherheit wird die Investitionstätigkeit anregen. Eine allmähliche Verbesserung der Lage auf den Arbeitsmärkten dürfte eine weitere Belebung des Konsums nach sich ziehen. Alles in allem dürften die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten der Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 bei jeweils knapp vier Prozent liegen.

Die deutsche Wirtschaft setzt ihre Erholung fort, wenn gleich die Produktion im Schlussquartal 2013 wohl nur

wenig ausgeweitet wird. Im Zuge der anziehenden Weltkonjunktur beleben sich jedoch die deutschen Exporte. Dies regt nach und nach die Investitionstätigkeit an. Die stärksten Zuwächse dürfte sie bei nachlassender Unsicherheit zum Jahreswechsel 2014/15 verzeichnen. Die Gesamtwirtschaft wird dann ihre Normalauslastung erreichen und im Folgenden etwas an Dynamik verlieren.

Angesichts der sich weiter aufhellenden Konjunktur setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort, wenngleich mit etwas abnehmendem Tempo. Die Zahl der Arbeitslosen wird allerdings ebenfalls leicht zunehmen, da das Erwerbspersonenpotential – vor allem wanderungsbedingt – weiter kräftig wächst. Im Jahr 2014 wird sich die Arbeitslosenquote auf 7,0 Prozent belaufen und 2015 leicht darüber liegen. Im Zuge des Beschäftigungsaufbaus dürfte die Lohnentwicklung etwas Fahrt aufnehmen. Da das Arbeitskräfteangebot, vor allem wegen hoher Zuwanderung, aber kaum knapper wird, hält sich der Lohnzuwachs in Grenzen. Die niedrige Inflation – zuletzt betrug sie 1,3 Prozent – stützt die Kaufkraft der privaten Haushalte. Bei anziehender Kapazitätsauslastung und zunehmender privater Konsumnachfrage wird die Teuerung im weiteren Verlauf leicht anziehen, auf 1,6 Prozent im nächsten Jahr und 1,7 Prozent im Jahr 2015.

Der öffentliche Gesamthaushalt schließt im Jahr 2013 mit einem leichten Überschuss von 0,2 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ab; im Jahr 2014 ist der Haushalt fast ausgeglichen, 2015 liegt der Überschuss bei 0,7 Prozent.

Europa und die Weltwirtschaft: Erholung verfestigt sich

Das Wachstumstempo der Weltwirtschaft hat sich im dritten Quartal nochmals erhöht (Abbildung 1). Zum Aufschwung tragen mehr und mehr die Industrieländer bei. Vor allem die US-Wirtschaft ist kräftig gewachsen. Im Vereinigten Königreich verfestigte sich die wirtschaftliche Erholung, und im Euroraum stabilisiert sich länderübergreifend die wirtschaftliche Lage. Die konjunkturelle Belebung beruhte in den

meisten Industrieländern auf der Erholung der Exporte und des privaten Konsums. Er wurde von der allmählichen Verbesserung auf den Arbeitsmärkten und den niedrigen Inflationsraten angeschoben; dies stützte die Kaufkraft der privaten Haushalte. In Japan waren es hingegen vor allem öffentliche Ausgaben, die zu einer Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung beitrugen.

In den Schwellenländern hat das Wachstum zuletzt deutlich angezogen. Insbesondere in Indien und China war die konjunkturelle Dynamik hoch. Die durch die erwartete Wende der US-Geldpolitik ausgelösten Währungsturbulenzen hinterließen keine großen Konjunkturdellen; offenbar sind manche Schwellenländer resistenter gegenüber solchen Einflüssen geworden.

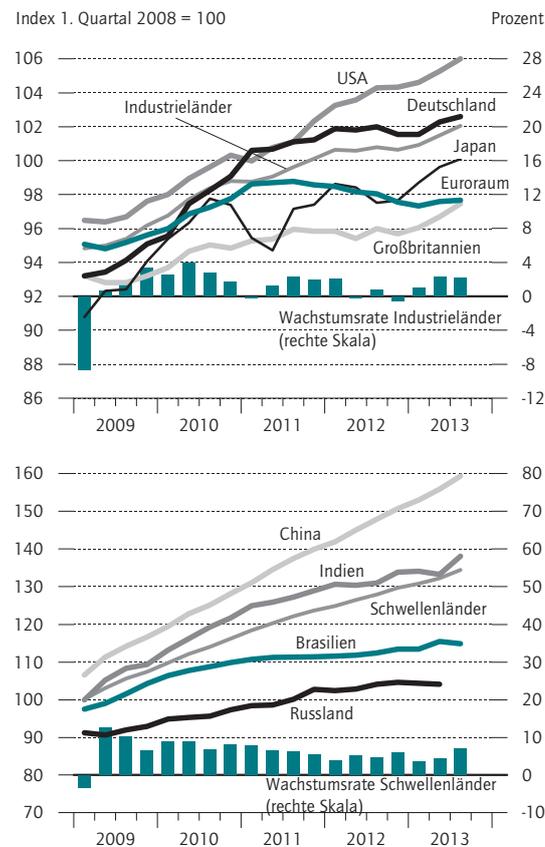
Die globale geldpolitische Ausrichtung bleibt trotz einer erwarteten Rückführung der unkonventionellen Maßnahmen in den USA und erster Leitzinserhöhungen in einigen Schwellenländern wie Brasilien, Indien und Indonesien weiterhin extrem expansiv. Die Finanzpolitik wird weniger dämpfend wirken als zuvor – insbesondere in den USA.

Im Schlussquartal 2013 dürfte das Tempo der weltwirtschaftlichen Entwicklung zunächst noch etwas nachlassen; Unsicherheit über die Wirtschaftspolitik dürfte etwa in den USA und Japan zurzeit noch auf der Konsumententwicklung lasten (Abbildung 2). Die im weiteren Verlauf abnehmende wirtschaftspolitische Unsicherheit wird die Investitionstätigkeit anregen. Eine allmähliche Verbesserung der Lage auf den Arbeitsmärkten und eine geringe Teuerung dürften eine Belebung des Konsums nach sich ziehen. Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Zuwachsrates der Weltwirtschaft im Jahr 2013 bei 3,0 Prozent liegen. In den Jahren 2014 und 2015 wächst die Weltwirtschaft mit 3,8 Prozent beziehungsweise 4,1 Prozent (Tabelle 1).

Risiken für die Prognose bestehen weiterhin in einem Aufflammen der Krise im Euroraum, etwa durch höhere Kreditausfälle in der Peripherie oder durch eine sich erneut zuspitzende Finanzierungssituation von Mitgliedstaaten des Euroraums. Ein zweites Risiko besteht darin, dass der Ausstieg aus der sehr expansiven US-Geldpolitik zu unerwartet starken Kapitalmarkt-turbulenzen führt.

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Im dritten Quartal hielt die Weltwirtschaft ihr Expansionstempo. Sowohl Industrie- als auch Schwellenländer trugen zum Wachstum bei.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft
In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in %			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								2012	2013	2014	2015
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015				
Euroraum	-0,6	-0,4	1,0	1,3	2,5	1,4	1,5	1,6	11,4	12,1	12,1	12,0
Frankreich	0,0	0,2	0,6	1,4	2,0	1,0	1,6	1,5	10,2	10,9	11,0	10,6
Italien	-2,6	-1,8	0,6	1,0	3,3	1,5	1,6	1,5	10,5	12,2	12,4	12,1
Spanien	-1,6	-1,2	1,0	1,0	2,4	1,6	1,3	0,9	25,1	26,5	26,1	25,6
Niederlande	-1,3	-1,0	0,3	1,0	2,8	2,8	1,6	1,9	5,3	6,8	7,8	7,5
Vereinigtes Königreich	0,1	1,3	1,7	1,9	2,8	2,7	2,5	2,2	8,0	7,7	7,3	6,9
USA	2,8	1,8	2,6	3,3	2,1	1,5	2,0	2,3	8,1	7,4	6,8	6,3
Japan	1,4	1,5	1,9	2,4	0,0	0,2	0,7	0,4	4,4	4,0	3,8	3,8
Südkorea	2,0	2,9	4,8	5,0	2,2	1,1	1,8	2,0	3,2	3,2	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	1,3	2,5	3,7	5,0	5,9	4,0	4,0	4,1	9,4	9,3	9,1	9,0
Russland	3,3	1,8	3,3	3,6	5,1	6,7	5,8	5,3	5,5	5,5	5,2	5,1
China	7,8	7,6	7,6	7,2	2,7	2,6	2,9	-7,6	4,0	3,9	3,8	3,8
Indien	3,7	2,8	3,6	4,0	9,3	10,9	7,9	7,4	-	-	-	-
Brasilien	1,0	3,3	4,1	3,3	5,4	6,2	5,3	5,3	5,5	5,6	5,1	5,1
Mexiko	3,7	1,5	4,3	5,4	4,1	3,8	3,5	3,6	5,0	5,0	4,8	4,8
Industrieländer	1,3	1,1	2,0	2,5	2,0	1,4	1,7	1,8	8,4	8,3	7,9	7,7
Schwellenländer	5,0	4,9	5,6	5,6	4,7	5,0	4,5	-0,3	5,1	5,1	4,9	4,8
Welt	3,1	3,0	3,8	4,1	3,3	3,2	3,1	0,7	6,8	6,7	6,4	6,3

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

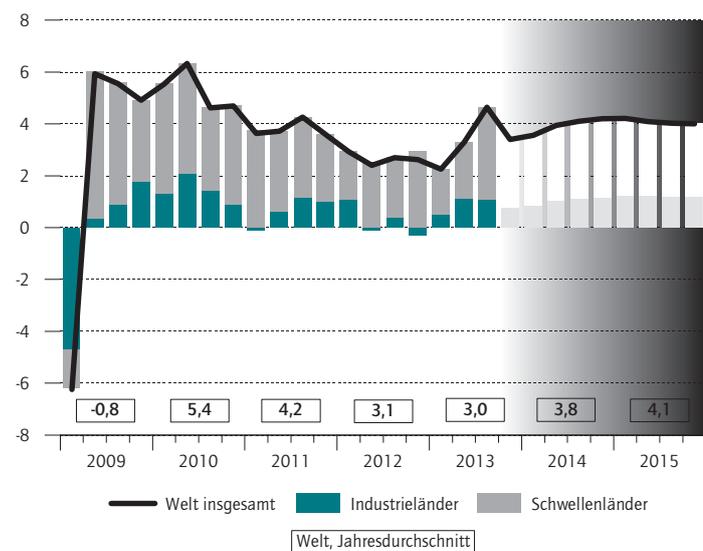
Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten hat die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal des Jahres 2013 mit annualisiert 3,6 Prozent stärker zugelegt als in den Vorquartalen (Abbildung 3). Ohne die kräftige Zunahme bei den Lagerbeständen hätte das Wachstum allerdings nur bei zwei Prozent gelegen. Im vierten Quartal dürfte sich das Expansionstempo etwas verlangsamt haben; auch wegen der erheblichen Unsicherheiten, die von der Finanzpolitik ausgegangen sind. Anfang Oktober wurde im Kongress keine Einigung für den Bundeshaushalt im Fiskaljahr 2014 gefunden. Beim Bundeshaushalt ist es im Dezember aber nun zu einer Einigung gekommen. Für die kommenden zwei Jahre sind höhere Ausgaben für das Militär und eine Lockerung von flächendeckenden Budgetkürzungen vorgesehen. Diese Ausgaben sollen mit neuen Sparmaßnahmen und Gebührenerhöhungen in kommenden Jahren finanziert werden. Unter der Annahme, dass es auch bei der Erhöhung der Schuldenquote zu einer Einigung kommt, wird von der Fiskalpolitik in den Jahren 2014 und 2015 keine dämpfende Wirkung auf das Wirtschaftswachstum mehr ausgehen.

Die Geldpolitik ist vorerst immer noch äußerst expansiv ausgerichtet. Mit einer allmählich weniger expansiven Geldpolitik ist aber bald zu rechnen; darauf deutet auch das im November veröffentlichte Sitzungsproto-

Abbildung 2

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts
In Prozent beziehungsweise in Prozentpunkten



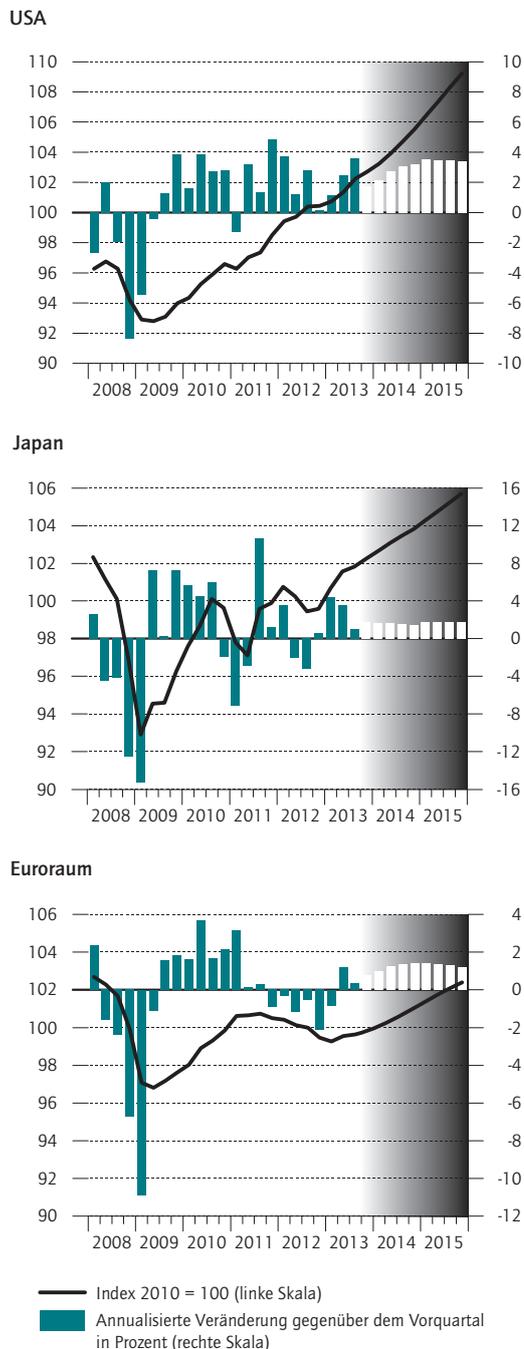
Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Für die Weltwirtschaft ist in den Jahren 2014 und 2015 mit einer sich festigenden Wirtschaftsentwicklung zu rechnen.

Abbildung 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Konjunktur in den USA und in Japan überraschte positiv. In der Eurozone ist die Talsohle durchschritten.

koll der US-Notenbank hin.¹ Der Umfang der monatlichen Käufe von Staatsanleihen und Hypothekenspapieren dürfte im Laufe des Jahres 2014 schrittweise reduziert werden. Bei der Zinspolitik ist aber mindestens bis zum Ende des Jahres 2014 keine Änderung zu erwarten; die US-Notenbank hat angekündigt, die Leitzinsen solange nicht anzuheben, wie die Arbeitslosenquote über 6,5 Prozent liegt, die von der Notenbank erwartete Inflationsrate nicht über 2,5 Prozent steigt, und die langfristigen Inflationserwartungen fest verankert sind. Die Arbeitslosenquote wird zum Jahreswechsel 2014/2015 auf 6,5 Prozent sinken. Da aber der Preisdruck angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung noch gering bleiben und die Inflation im Jahr 2014 bei zwei Prozent liegen wird, dürfte die Notenbank die Zinsen im Laufe des Jahres 2015 nur leicht erhöhen. Alles in allem wird die Geldpolitik bis auf weiteres expansiv ausgerichtet sein.

In diesem Umfeld dürfte der private Konsum, der im dritten Quartal des Jahres 2013 gegenüber dem Vorquartal nur um annualisiert 1,4 Prozent gestiegen ist, in den Jahren 2014 und 2015 kräftig zulegen. Angesichts des durch die finanzpolitischen Wirren gesunkenen Konsumentenvertrauens ist auch für das vierte Quartal des laufenden Jahres keine hohe Wachstumsrate zu erwarten. Darauf deutet der Index für das Konsumentenvertrauen der University of Michigan hin, der im Oktober stark gefallen war und sich erst im Dezember erholt hat.

Ab dem Jahr 2014 dürften die privaten Konsumausgaben kräftiger steigen, gestützt durch die kontinuierliche, aber immer noch schleppende Erholung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahresbeginn um mehr als einen halben Prozentpunkt zurückgegangen und lag im November bei 7,0 Prozent (Abbildung 4). Auch die Zahl der neugeschaffenen Stellen spricht für eine schrittweise Erholung am Arbeitsmarkt. Im November sind 204 000 neue Stellen entstanden, was leicht über dem Durchschnitt der vergangenen zwölf Monate liegt.² Die Zahl der Unterbeschäftigten – also jene in Teilzeit arbeitenden Personen, die ihre Arbeitszeit erhöhen möchten – und die Zahl jener, die sich zumindest vorübergehend aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, sind aber immer noch hoch. Im Zuge dieser moderaten Erholung am Arbeitsmarkt weisen die realen verfügbaren Einkommen einen leichten Aufwärtstrend auf (Abbildung 5).

¹ Vgl. www.federalreserve.gov/monetarypolicy/files/fomcminutes20131030.pdf.

² Dieser Anstieg vermag die Zunahme der Erwerbsbevölkerung mehr als auszugleichen. Bei der gegenwärtig sinkenden Erwerbsbeteiligung dürfte die kritische Grenze bei rund 100 000 Personen liegen. Vgl. hierzu unter anderem www.hamiltonproject.org/files/downloads_and_links/030912_jobs_blog.pdf.

Die allmähliche Erholung des Wohnungsbaus setzt sich fort. Darauf deuten die Baubeginne und die Immobilienverkäufe hin (Abbildung 6). Die Preise für Einfamilienhäuser sind zuletzt kräftig gestiegen. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Rückgang der Arbeitslosigkeit werden dem Wohnungsbau auch in den kommenden Quartalen positive Impulse verleihen.

Die Unternehmensinvestitionen haben im dritten Quartal des Jahres 2013 um annualisiert 3,5 Prozent zugenommen. Die Investitionen dürften im vierten Quartal daher nur verhalten zulegen. Mit der Lösung des finanzpolitischen Konflikts, aber auch vor dem Hintergrund einer stärkeren Konsumnachfrage und höheren Exporten, dürfte im weiteren Verlauf eine deutliche Erholung einsetzen, die auch im Jahr 2015 anhalten wird. Dann werden auch die Importe wieder stärker zulegen; die Wachstumsraten bleiben aber unter jenen der Exporte. Das Leistungsbilanzdefizit wird deshalb leicht rückläufig sein.

Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 1,8 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum Vorjahr um mehr als einen halben Prozentpunkt auf 7,4 Prozent zurückgehen. Im kommenden Jahr wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 2,6 Prozent liegen und im Jahr 2015 weiter auf 3,3 Prozent steigen. Die Arbeitslosenquote wird bis zum Ende des Jahres 2015 auf 6,1 Prozent sinken.

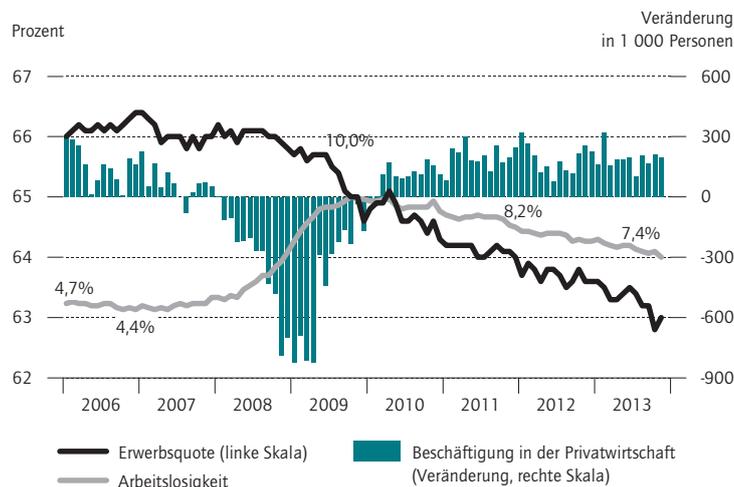
Japan

Die japanische Wirtschaftsleistung ist im dritten Quartal 2013 um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Damit hat sich der Aufwärtstrend weiter fortgesetzt, wenngleich mit geringerem Tempo. Das Wachstum wurde vor allem von einer Ausweitung der öffentlichen Ausgaben, insbesondere für Investitionen in die Infrastruktur, getragen. Der private Verbrauch hat hingegen kaum zugelegt, die Investitionen der Unternehmen stagnierten. Bei schwachen Exporten sind die Importe kräftig gestiegen, vor allem wegen der erhöhten Einfuhren von Öl und Gas. Dabei haben die Konsumentenpreise zuletzt um 0,9 Prozent über dem Vorjahresniveau gelegen; dies ist aber in erster Linie auf die Abwertung des Yen zurückzuführen.

Für einen selbsttragenden Aufschwung ist die private Nachfrage noch zu schwach. So ist das Konsumentenvertrauen der privaten Haushalte, das bereits auf einem sehr niedrigen Niveau lag, im Oktober abermals gesunken. Um den Konjunkturmotor durch eine im April anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht abzuwürgen, hat die neue Regierung gerade ein weiteres

Abbildung 4

Arbeitsmarktsituation in den USA
Monats- und Quartalsdaten, saisonbereinigt



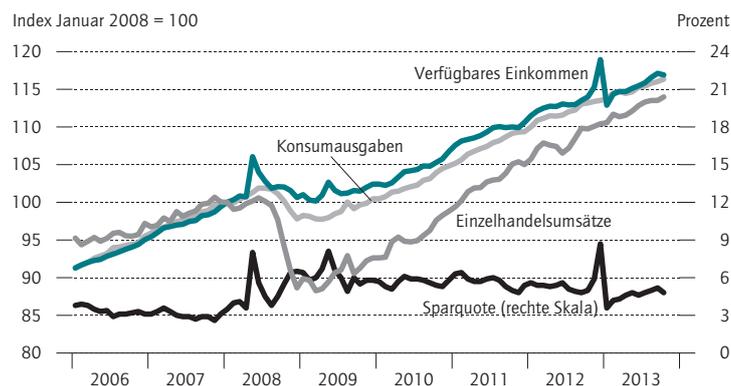
Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2013

Der Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter erholt. Die Beschäftigungszuwächse waren kräftig und die Arbeitslosenquote ist leicht zurückgegangen.

Abbildung 5

Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA
Index Januar 2008 = 100



Quellen: Federal Reserve; Bureau of Economic Analysis.

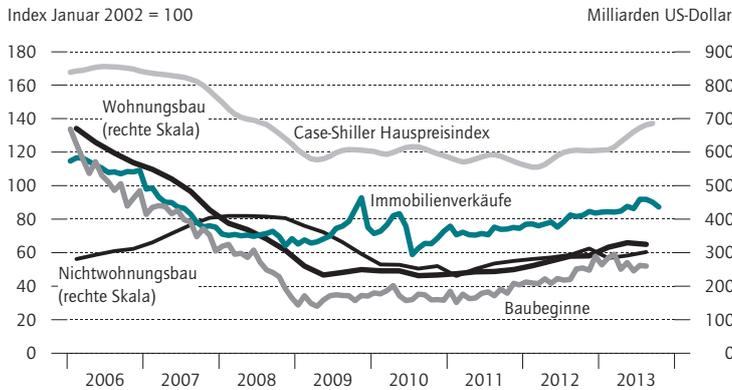
© DIW Berlin 2013

Die Einkommen der US-Haushalte steigen im Trend deutlich. Dies stützt die Konsumententwicklung.

Konjunkturpaket im Umfang von 5,5 Billionen Yen beschlossen, dies entspricht etwas mehr als einem Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Die Bank of Japan versucht seit Längerem, die Konjunktur durch eine

Abbildung 6

Immobilienmarkt in den USA



Quellen: Bureau of the Census; NAR; S&P; Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2013

Die Erholung am Immobilienmarkt setzte sich zuletzt weiter fort.

hohe Bereitstellung an Liquidität anzukurbeln und wird diesen Kurs wohl noch verstärken, wenn die Mehrwertsteuererhöhung bremsen sollte. Zwar ist der Tankan-Index, der die Stimmung bei den Firmen erfasst, zuletzt gestiegen. Dahinter stehen optimistischere Einschätzungen von Großunternehmen. Die Stimmungslage bei den kleineren und mittleren Betrieben hat sich jedoch kaum verbessert.

Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2013 um 1,5 Prozent gestiegen sein dürfte, werden die Zuwachsraten 2014 bei 1,9 und im Folgejahr bei 2,4 Prozent liegen.

China

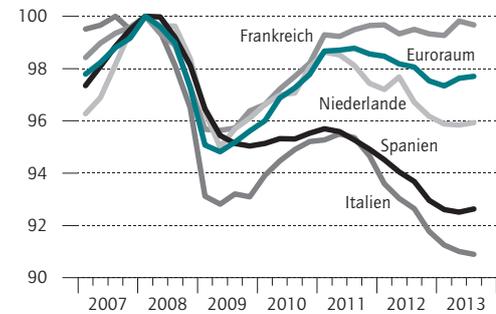
Das Expansionstempo der chinesischen Wirtschaft hat im dritten Quartal 2013 leicht zugenommen. Die Zuwachsraten der Produktion betrug 2,2 Prozent, nach 1,9 im zweiten und 1,5 Prozent im ersten Quartal. Dies lag auch daran, dass Infrastrukturprojekte vorgezogen wurden. Der Einkaufsmanagerindex der Unternehmen liegt klar oberhalb der Expansionsschwelle. Die Industrieproduktion wächst seit einigen Monaten wieder zweistellig, und die Umsätze im Einzelhandel sind zuletzt stark gestiegen. Die Inflation liegt mit drei Prozent noch unter der angepeilten Marke der Regierung. Damit stehen Zinserhöhungen zunächst nicht an.

China dürfte sein Wachstumstempo im Prognosezeitraum in etwa halten. Zwar kann der Umbau hin zu einem stärker konsumgetriebenen Wachstum für sich genommen zu schwächeren Zuwachsraten füh-

Abbildung 7

Reales Bruttoinlandsprodukt in Europa

Index 1. Quartal 2008 = 100



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2013

Im Euroraum zeichnet sich nach langem Rückgang der Produktionsleistung länderübergreifend eine Stabilisierung ab.

ren.³ Allerdings dürfte sich die Konjunktur in den wichtigsten Absatzmärkten weiter festigen, sodass die Exporte wieder anziehen. Nachdem das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 bei 7,6 Prozent gelegen haben dürfte, ist für 2014 eine Rate von 7,6 Prozent zu erwarten. Im darauffolgenden Jahr dürften es 7,2 Prozent sein.

Euroraum

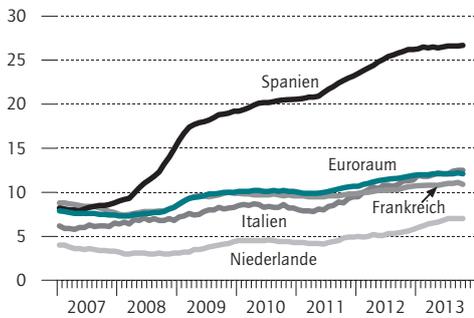
Die Talsohle der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum scheint erreicht zu sein. Das Bruttoinlandsprodukt in der Währungsunion wuchs im dritten Quartal leicht um 0,1 Prozent, nach 0,3 Prozent im Vorquartal. Trugen im zweiten Quartal vor allem Deutschland und Frankreich zum Wachstum bei, während in vielen anderen Volkswirtschaften das Bruttoinlandsprodukt noch merklich gesunken war, ist im dritten Quartal kein deutlicher Rückgang des Produktionsniveaus in einem der Mitgliedsländer mehr zu beobachten gewesen. Zwar ist – etwa in Frankreich und Italien – das Bruttoinlandsprodukt leicht geschrumpft. Insgesamt zeichnet sich aber länderübergreifend eine Stabilisierung ab (Abbildung 7). Auch die Arbeitslosenquoten sind zuletzt kaum noch gestiegen (Abbildung 8).

Auf eine allmähliche wirtschaftliche Erholung weisen die Composite Leading Indicators der OECD hin (Abbildung 9). Diese signalisieren für den Euroraum als

³ Vgl. Dreger, C., Zhang, Y. (2013): Perspektiven eines konsumgesteuerten Wachstums in China. DIW Wochenbericht Nr. 41/2013.

Abbildung 8

Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich
In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2013

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit kam zuletzt auch in den Krisenländern zum Stillstand.

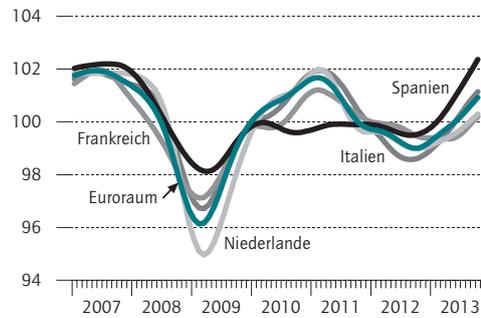
ganzen ebenso wie für die wichtigsten Mitgliedsländer eine zunehmende wirtschaftliche Dynamik. Trotz der in vielen Ländern anhaltend schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessern sich auch die Stimmungsindikatoren seit Jahresbeginn 2013 dem Trend nach (Abbildung 10).

So dürfte die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum im weiteren Verlauf aufwärtsgerichtet sein. Bis auf weiteres sind aber keine kräftigen Wachstumsraten zu erwarten, da in vielen Ländern neben der hohen Arbeitslosigkeit vor allem die öffentliche und private Verschuldung sowie der nur allmählich zum Abschluss kommende Abbau von Überkapazitäten, etwa in der Bauwirtschaft, die Konjunktur belasten. Im Jahr 2013 dürfte die Wirtschaft im Euroraum noch leicht geschrumpft sein. In den Jahren 2014 und 2015 dürften dann Wachstumsraten von jeweils gut einem Prozent erreicht werden.

Die Europäische Zentralbank (EZB) behält ihren expansiven Kurs bei. Im November hat sie den Hauptrefinanzierungssatz überraschend um einen Viertelprozentpunkt auf 0,25 Prozent gesenkt. Neben der anhaltend schwachen Konjunktur dürfte hierbei insbesondere der seit Mitte 2012 und vor allem seit Frühjahr 2013 recht deutlich gestiegene Außenwert des Euro sowie die sehr niedrige Inflation im Euroraum eine Rolle gespielt haben. Gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex lag die Inflationsrate im November bei 0,9 Prozent und damit deutlich unterhalb des von der Notenbank angestrebten Ziels von unter aber nahe zwei Prozent (Abbildung 11). Der geringe Anstieg des allgemeinen Preis-

Abbildung 9

Composite Leading Indicator
Punkte



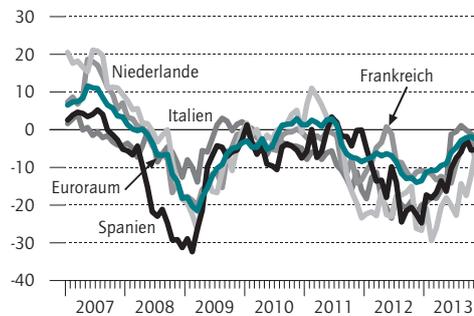
Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2013

Die Indikatoren weisen auf eine Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung hin.

Abbildung 10

Konsumentenzuversicht in Europa
Indexpunkte, Abweichung vom langjährigen Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2013

Die Stimmungsindikatoren haben sich seit Beginn des Jahres 2013 merklich verbessert.

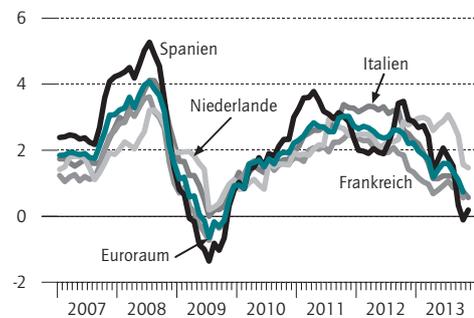
niveaus ist zwar auch auf im Vorjahresvergleich deutlich gesunkene Preise für Energie zurückzuführen; die Kerninflationsrate lag mit zuletzt 1,0 Prozent allerdings nur wenig höher als die Gesamtinflation.

In diesem Umfeld dürfte die EZB bis auf weiteres nicht von ihrem expansiven Kurs abweichen. Dafür spricht auch, dass das Vollzuteilungsverfahren in den geldpolitischen Refinanzierungsgeschäften bis mindestens 2015 beibehalten wird. Für weitere Zinssenkungen besteht in-

Abbildung 11

Inflation im europäischen Vergleich

In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2013

Die Inflation im Euroraum ist zuletzt deutlich gesunken und liegt deutlich unter dem Ziel der Europäischen Zentralbank.

des kaum noch Spielraum. Merkliche konjunkturelle Effekte wären damit aber wohl ohnehin nicht verbunden. Vielmehr käme es darauf an, durch eine Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des geldpolitischen Transmissionskanals die Wirksamkeit der Geldpolitik zu erhöhen. Dazu ist etwa die *forward guidance* der EZB prinzipiell geeignet, wenngleich die Auswirkungen durch den etwas vagen Charakter aufgrund des Verzichts auf explizite Schwellenwerte begrenzt sein dürften.⁴ Zusätzlich erwägt die EZB die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle des EZB-Rats. Ferner hält sie sich nach wie vor die Möglichkeit offen, durch erneute längerfristige Refinanzierungsgeschäfte die Liquiditätsversorgung des Bankensektors zu verbessern, sollte die Unsicherheit erneut ansteigen.

In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass die Europäische Zentralbank das Leitzinsniveau über den gesamten Prognosezeitraum unverändert bei 0,25 Prozent belassen wird.

Frankreich

Die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich war zuletzt schwach. Nach kräftigem Wachstum im zweiten Quartal ist die Produktion im dritten Quartal leicht, um 0,1 Prozent, geschrumpft. Zuletzt haben die Exporte deutlich an Schwung verloren. Bereits seit län-

gerem ausgesprochen kraftlos ist aber vor allem die inländische Nachfrage.

Die hohe Arbeitslosigkeit dämpft die Konsumnachfrage. Im Oktober lag die Arbeitslosenquote bei 10,9 Prozent und ging damit im Vergleich zum September zwar um 0,2 Prozentpunkte zurück, liegt aber weiterhin deutlich über den Quoten der vergangenen 15 Jahre. So steigen die verfügbaren Einkommen kaum, die Konsumentenstimmung verharrt auf niedrigem Niveau. Die Konsumnachfrage legt kaum zu und wird auch im weiteren Verlauf nur wenig anziehen. Die Arbeitslosigkeit dürfte im Prognosezeitraum kaum zurückgehen; im Zuge der sich allmählich etwas kräftiger entwickelnden Konjunktur ist aber kein weiterer Anstieg mehr zu erwarten. Die zum Jahreswechsel anstehende Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte beim allgemeinen Satz und um drei Prozentpunkte beim mittleren Satz wird den Konsum in den kommenden Quartalen zusätzlich dämpfen.

Im dritten Quartal waren die Exporte deutlich rückläufig. Insbesondere die Exporte von Kraftfahrzeugen – vor allem nach Deutschland und Belgien – schrumpften, nachdem sie im zweiten Quartal deutlich zugelegt hatten. Auch die Exporte von Luft- und Raumfahrzeugen gingen zurück. Gleichzeitig haben die Importe etwas an Schwung verloren; der Außenbeitrag war dennoch negativ. Im weiteren Verlauf wird sich die Nachfrage aus den außereuropäischen Ländern sowie allmählich aus dem restlichen Euroraum erholen; die französischen Exporte dürften sich dann kräftiger entwickeln. Im Zuge der sich etwas erholenden binnenwirtschaftlichen Nachfrage werden wohl auch die Importe dynamischer zulegen. Per Saldo dürfte der Außenhandel einen leicht positiven Wachstumsbeitrag im Prognosezeitraum leisten.

Die Investitionstätigkeit ist seit Anfang 2012 rückläufig. Auch wenn die Zahl an Unternehmensinsolvenzen zuletzt nicht weiter gestiegen ist, bleiben die Kreditausfälle hoch und die französischen Banken sind bei der Kreditvergabe weiterhin zurückhaltend. Der Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank weist aber für die vergangenen beiden Quartale keine weitere Verschärfung der Kreditvergabestandards aus. Zusammen mit der Entspannung an den europäischen Finanzmärkten und den verbesserten Aussichten auf den Auslandsmärkten dürfte dies die Investitionstätigkeit mehr und mehr anregen. Dies macht sich insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen bemerkbar. Die Bauinvestitionen und insbesondere der Wohnungsbau werden sich hingegen kaum beleben; die anhaltend schwierige Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation der Haushalte wird auch im weiteren Verlauf eine merkliche Belastung darstellen.

⁴ Vgl. Fichtner, F. et al. (2013): Herbstgrundlinien 2013. DIW Wochenbericht Nr. 38/2013, 37.

Die Finanzpolitik wirkt im Prognosezeitraum dämpfend. Zwar sind die öffentlichen Konsumausgaben bis zuletzt kräftig gestiegen. Der Spielraum der französischen Regierung, die öffentlichen Haushalte durch Einnahmeerhöhungen zu verbessern, ist aber weitgehend ausgereizt. Durch die Mehrwertsteuererhöhung und die Erhöhung von Steuern im oberen Einkommensbereich sowie auf Vermögen ist die Abgabenbelastung bereits stark gestiegen. Da die französische Regierung trotzdem immer noch weit davon entfernt ist, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Defizitregel zu erfüllen, stehen jetzt Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben an. Bereits angekündigt sind Einschnitte im öffentlichen Dienst sowie Kürzungen im sozialen Bereich. Dies dürfte die Konsumnachfrage belasten.

Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in Frankreich im Durchschnitt des Jahres 2013 kaum steigen. Im Folgejahr dürfte im Zuge einer sich leicht belebenden Investitionsnachfrage eine jahresdurchschnittliche Wachstumsrate von gut einem halben Prozent erreicht werden, im Jahr 2015 von anderthalb Prozent.

Spanien

In Spanien hat sich die wirtschaftliche Entwicklung stabilisiert. Das Bruttoinlandsprodukt ist im dritten Quartal mit 0,1 Prozent leicht gestiegen, nachdem es seit Anfang 2011 durchgehend rückläufig gewesen war. Die Arbeitslosigkeit bleibt zwar im europäischen und im historischen Vergleich extrem hoch und lag zuletzt bei 26,7 Prozent. Die Lohnsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,5 Prozent gesunken. Allmählich zeichnet sich aber auch auf dem Arbeitsmarkt eine Stabilisierung ab. Seit Mitte des laufenden Jahres ist die Arbeitslosenquote kaum noch gestiegen.

Der private Verbrauch, der bereits im dritten Quartal 2013 überraschend kräftig gestiegen ist, dürfte sich im weiteren Verlauf etwas beleben. Angesichts der hohen Schuldenbelastung der privaten Haushalte ist aber nicht mit einer kräftigen Expansion zu rechnen. Dies gilt umso mehr, als die Immobilienpreise weiter zurückgehen und die Vermögenssituation der Haushalte zusätzlich belasten; seit 2008 sind die Immobilienpreise um etwa 30 Prozent gesunken.

Vor allem aber wird die spanische Wirtschaft durch die Exporte gestützt, die im dritten Quartal um gut zwei Prozent zugelegt haben. Dabei nimmt der Anteil der Ausfuhren in die Europäische Währungsunion seit 2010 stetig ab. Mehr und mehr ist es spanischen Unternehmen gelungen, sich von der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum zu entkoppeln und auf außereuropäischen Märkten Fuß zu fassen; hierzu dürften auch Verbesserungen in der Wettbewerbsfä-

higkeit der Volkswirtschaft beigetragen haben. Stärker als die Exporte sind zuletzt allerdings die Importe gestiegen; dabei ist insbesondere die Nachfrage nach Konsumgütern deutlich gestiegen. Alles in allem hat der Außenhandel im dritten Quartal negativ zum Wachstum beigetragen. Im weiteren Verlauf dürften aber insbesondere die Exporte kräftig zulegen. Im Zuge der sich erholenden Konjunktur im Euroraum sowie der wieder an Dynamik gewinnenden weltwirtschaftlichen Entwicklung wird der Außenbeitrag über den Prognosezeitraum wohl positiv sein.

Auch die Investitionstätigkeit ist im dritten Quartal erstmals seit Jahren wieder gestiegen. Im Umfeld der schwierigen Lage auf dem Immobilienmarkt sind die Bauinvestitionen weiterhin rückläufig. Hingegen entwickeln sich die Ausrüstungsinvestitionen recht robust und haben in den vergangenen Quartalen zugelegt; seit Jahresbeginn quartalsdurchschnittlich um etwa zwei Prozent. Während die Bauinvestitionen sich bis auf weiteres nicht erholen, dürften die Ausrüstungsinvestitionen, auch dank der guten Exportkonjunktur, im weiteren Verlauf kräftig bleiben. Darauf weisen auch Indikatoren für die Unternehmensstimmung hin, die zwar recht niedrig liegen, aber einem aufwärtsgerichteten Trend folgen.

Die spanische Regierung hat keine Spielräume, die Konjunktur durch eine expansive Finanzpolitik zu stützen. Durch die Stabilisierung der Finanzmärkte muss der Fiskus den Anlegern zwar nicht mehr so hohe Renditen bieten. Um erneute Anspannungen zu vermeiden, wird die Finanzpolitik in den kommenden Jahren am Konsolidierungskurs festhalten. Ohnehin ist Spanien weit davon entfernt, die im Maastricht-Vertrag verankerten Defizitregeln zu erfüllen. Das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt dürfte dieses Jahr bei fast sieben Prozent liegen und auch in den kommenden Jahren nur wenig zurückgehen.

Alles in allem dürfte die spanische Wirtschaft im Jahr 2013 um gut ein Prozent geschrumpft sein. In den Jahren 2014 und 2015 dürfte das Wachstum bei einem Prozent liegen.

Italien

Die italienische Volkswirtschaft kommt nur langsam aus der Rezession. Im dritten Quartal stagnierte die Produktion. Vorlaufende Indikatoren und die Industrieproduktion deuten jedoch auf ein allmähliches Anziehen der konjunkturellen Entwicklung hin.

Der private Verbrauch war bis zuletzt rückläufig, wenn auch nur wenig. Die Arbeitslosigkeit erreichte im Oktober mit 12,5 Prozent einen neuen Höchststand und be-

lastet die Einkommen der Haushalte. Die Inflationsrate lag im November bei 0,6 Prozent; die Löhne sind indes um 1,4 Prozent im Vorjahresvergleich gestiegen. Da Lohnanpassungen nach unten weiter unwahrscheinlich sind, ist nicht damit zu rechnen, dass sich die Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum stark zurückbildet.

Die Exporte haben im dritten Quartal etwas an Tempo gewonnen; überdurchschnittlich legten die Ausfuhren in Nicht-EU Länder zu. Mit einer allmählich einsetzenden Belebung im Euroraum dürfen im Verlauf des Jahres 2014 die Exporte auch in diese Region anziehen. Da sich im Umfeld der schwachen Binnennachfrage die Importe weniger stark erholen dürften, wird der Außenhandel im Prognosezeitraum positiv zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Die Investitionen sind zuletzt leicht zurückgegangen. Belastend wirken die nochmals gestiegenen Kreditzinsen für Unternehmen. Uneinheitlich zeigen sich derzeit die vorlaufenden Indikatoren. Während sich das Unternehmensvertrauen im November aufhellte, deuten die Einkaufsmanagerbefragungen mehrheitlich auf eine Verlangsamung des Expansionstempos hin. Demgegenüber war die Industrieproduktion zuletzt aufwärtsgerichtet, was darauf hindeutet, dass die Investitionen bereits im Schlussquartal 2013 leicht zulegen dürften. Wegen der anhaltend hohen Kreditzinsen und der geringen Binnennachfrage werden die Investitionen im weiteren Prognosezeitraum aber nur wenig anziehen.

Die Finanzpolitik ist zuletzt neutral ausgerichtet; notwendige zusätzliche Ausgabenkürzungen und Einnahmensteigerungen blieben aus, wurden zum Teil sogar zurückgenommen. Dies liegt vor allem an den Mehrheitsverhältnissen im italienischen Parlament, die keine stabile Regierungsbildung und keine klare Reformpolitik erlauben.

Alles in allem dürfte die Wirtschaft Italiens 2013 um 1,8 Prozent geschrumpft sein. In den Jahren 2014 und 2015 dürfte die Wirtschaft um ein halbes beziehungsweise um rund ein Prozent wachsen.

Niederlande

Die niederländische Wirtschaft hat im dritten Quartal mit einer niedrigen Rate von 0,1 Prozent zugelegt. Der sich fortsetzende Entschuldungsprozess bei Privaten und Staat belastet weiterhin die wirtschaftliche Erholung.

Der private Konsum schrumpfte zuletzt etwas weniger stark als noch im Vorquartal. Die realen Einkommen sind zuletzt gesunken, seit Mitte 2011 um knapp vier Prozent. Zudem belasten nach wie vor die noch immer

fallenden Preise im Immobiliensektor die Vermögenssituation. Die Arbeitslosigkeit stagnierte zuletzt bei sieben Prozent, sie dürfte in den kommenden Monaten jedoch zunehmen; auch dies dürfte die Kaufkraft trüben. Alles in allem bleibt der private Verbrauch auf absehbare Zeit schwach.

Der Staat hält an einem strengen Konsolidierungskurs fest. Der Außenbeitrag dürfte hingegen aufgrund guter Wettbewerbsfähigkeit und anziehender Nachfrage aus dem Euroraum einen positiven Beitrag zum Wachstum im kommenden Jahr leisten; dabei dürften die Re-Exporte sogar noch stärker wachsen als die Exporte im Inland produzierter Güter.⁵ Die positiven Impulse aus dem Außenhandel werden sich im Verlauf des Jahres 2014 zunehmend auf die Binnenwirtschaft übertragen, zumal die privaten Haushalte und Unternehmen dann im Entschuldungsprozess weiter vorangekommen sein dürften.

Die Investitionen dürften im Schlussquartal 2013 schwächer steigen, nachdem sie im dritten Quartal kräftig zugelegt hatten. Im Zuge der günstigen Exportentwicklung werden sie anschließend jedoch wieder Schwung aufnehmen. Aktuelle Branchenbefragungen über die Investitionsentscheidungen für 2014 deuten darauf bereits hin. Im Verlauf des Jahres 2015 dürfte die Trendwende am Arbeitsmarkt einsetzen, sodass ab der Jahresmitte der private Verbrauch an Kraft zurückgewinnt, wenn auch nur langsam.

Alles in allem dürfte die niederländische Wirtschaft im Jahr 2013 um etwa ein Prozent schrumpfen. 2014 dürfte das Wachstum bei knapp unter einem Prozent liegen, während es 2015 bei etwa einem Prozent liegen dürfte.

Vereinigtes Königreich

Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent im dritten Quartal verfestigt sich die wirtschaftliche Erholung im Vereinigten Königreich. Risiken für den Aufschwung bestehen jedoch fort. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde vor allem vom privaten Verbrauch getrieben. So legte der private Konsum im dritten Quartal mit 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal etwa doppelt so stark zu wie noch im zweiten Quartal. Dies wird durch die Einkommensentwicklung aber kaum gestützt, sondern speist sich aus einem Rückgang der Sparquote. Die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung ist daher zweifelhaft.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich allerdings aufgehellt. In Folge der zunehmenden Beschäftigung

⁵ Ein großer Teil des mitteleuropäischen Überseehandels wird über den Hafen von Rotterdam abgewickelt.

ist die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte auf 7,6 Prozent im dritten Quartal 2013 gesunken. Allerdings sind die Löhne, auch wegen der schwachen Produktivitätsentwicklung, kaum gestiegen; angesichts anhaltend hoher Inflation waren die Reallöhne weiter rückläufig. An dieser Konstellation wird sich bis auf weiteres nicht viel ändern, die Konsumdynamik dürfte im weiteren Verlauf wieder abnehmen. Die vorlaufenden Indikatoren für den privaten Verbrauch, etwa das im November leicht gesunkene GfK-Konumentenvertrauen, lassen bereits eine leichte Abkühlung erkennen.

Die Investitionen dürften in zunehmendem Maße davon profitieren, dass die Erholung zuletzt breit angelegt war und die Produktion in nahezu allen Wirtschaftsbereichen ausgeweitet wurde. Auch deuten die Einkaufsmanagerindizes in sämtlichen Sektoren seit über vier Monaten auf eine Expansion hin. Die Exporte dürften im Zuge einer Erholung im Euroraum an Stärke gewinnen. Im Gefolge der hohen Investitionsdynamik werden aber auch die Importe kräftig zulegen; das Außenhandelsdefizit dürfte so etwas steigen.

Die Geldpolitik ist etwas weniger expansiv ausgerichtet als zuletzt. Im November hat die Bank of England bereits das Funding for Lending Programm eingeschränkt, um die Immobilienpreisentwicklung nicht weiter zu beschleunigen. Im Prognosezeitraum dürfte die Arbeitslosenquote unter die Schwelle von sieben Prozent sinken und damit die Selbstbindung der Bank of England im Rahmen der *forward guidance*-Politik aufgehoben werden. Mit einer Anhebung der Leitzinsen ist gegen Ende 2015 zu rechnen. Die Inflationsrate dürfte im Prognosezeitraum etwas oberhalb von zwei Prozent bleiben.

Die Finanzpolitik dürfte auch 2014 und 2015 durch weitere bereits geplante Ausgabenkürzungen restriktiv wirken. Trotz günstigerer Defizitprognosen ist ein Festhalten an den Konsolidierungsplänen im November bestätigt worden.

Im Jahr 2013 dürfte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs um 1,3 Prozent gewachsen sein. Für die kommenden Jahre wird die konjunkturelle Dynamik, gestützt in erster Linie auf binnenwirtschaftliche Entwicklungen, wohl weiter zunehmen. Für 2014 ist mit gut eineinhalb Prozent Wachstum, für 2015 mit knapp zwei Prozent zu rechnen.

Mittel- und Osteuropa

Im dritten Quartal 2013 sind die meisten osteuropäischen Volkswirtschaften deutlich gewachsen. Dies ist vor allem auf eine kräftigere Nachfrage aus dem Aus-

land zurückzuführen. Die Inlandsnachfrage hat sich in den meisten Ländern noch nicht belebt.

In Polen ist die Wirtschaft mit 0,6 Prozent im dritten Quartal etwas stärker gewachsen als in den Vorquartalen. Die Exporte stiegen dabei weniger kräftig als die Importe. Im Inland nahmen die Investitionen leicht zu; der inländische Konsum stieg geringfügig. Die Arbeitslosenquote verharrte bei 10,2 Prozent. Die Geldpolitik wurde seit Anfang Juli nicht weiter gelockert, der Leitzins liegt seither bei 2,5 Prozent. Im Jahr 2013 ist die polnische Wirtschaft weniger stark gewachsen als im Vorjahr. Der zum Jahresende ermittelte Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft zeigt eine leichte Verbesserung der Lage an. Polen wird zudem im Zeitraum 2014 bis 2020 die höchsten Zuweisungen eines EU-Mitgliedslandes aus dem EU-Kohäsionsfonds erhalten. Dies entspricht im genannten Zeitraum umgerechnet jährlich etwa zwei Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Die polnische Wirtschaft dürfte 2014 und im Folgejahr wieder stärker wachsen.

In Ungarn hat sich die Wachstumsrate im dritten Quartal auf 0,8 Prozent erhöht. Das Wachstum wird vom Export getragen; die Inlandsnachfrage erholt sich langsam. Die Einzelhandelsumsätze sind im Jahresverlauf leicht gestiegen; die Arbeitslosenquote ist etwas gesunken. Angesichts der noch schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung hatte die ungarische Nationalbank den Leitzins bis zum Herbst auf 3,4 Prozent gesenkt. Als exportorientiertes Land bleibt Ungarn stark an die Auslandsnachfrage gekoppelt, die anziehen dürfte. Die Wirtschaftsleistung wird 2013 leicht und – bei dann stärkerer Nachfrage auch der Handelspartner – in den beiden Folgejahren wieder deutlich zunehmen.

Tschechien ist die einzige Volkswirtschaft in Mittel- und Osteuropa, in der das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal erneut rückläufig war; die Produktion ist um 0,5 Prozent geschrumpft. Die Bruttoanlageinvestitionen sind gesunken; der Konsum blieb schwach. Dennoch zogen die Importe stärker an als die Exporte. Daher hat die tschechische Nationalbank Anfang November durch Interventionen am Devisenmarkt den Wechselkurs der Krone geschwächt und angekündigt, diesen bei etwa 27 Kronen je Euro zu stabilisieren. 2013 dürfte die tschechische Wirtschaft erneut geschrumpft sein. Der zuletzt veröffentlichte Index zum Konsumentenvertrauen und der Geschäftsklimaindex deuten eine zumindest leichte Erholung an. Die tschechische Wirtschaft wird bei einem wieder günstigeren Umfeld im Prognosezeitraum leicht wachsen.

Die Wirtschaft Rumäniens ist im dritten Quartal um 1,6 Prozent und damit deutlich stärker als zuvor gewachsen. Dies ist vor allem auf gestiegene Exporte

zurückzuführen, insbesondere von Agrarprodukten. Der private Verbrauch blieb noch schwach, was sich am Rückgang des Einzelhandelsumsatzes zeigt. Die Arbeitslosenquote verharrt bei 7,5 Prozent. Die Teuerungsrate ist auch aufgrund eines geringeren Anstiegs der Nahrungsmittelpreise und der Senkung der Mehrwertsteuer für Getreideerzeugnisse auf knapp unter zwei Prozent zurückgegangen und liegt nunmehr innerhalb des Zielkorridors der rumänischen Zentralbank. Vor diesem Hintergrund hat die Zentralbank den Leitzins auf vier Prozent gesenkt. Dies dürfte die noch schwache inländische Nachfrage stützen. Hinzu kommt die Umsetzung von EU-Investitionsprogrammen. Im Jahr 2013 ist die rumänische Wirtschaft stärker gewachsen als im Jahr zuvor. Durch die Belebung der inländischen Nachfrage kommt es 2014 und 2015 zu kräftigem Wachstum.

In Bulgarien ist das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,6 Prozent gestiegen. Dies ist vor allem auf die Nachfrage aus dem Ausland zurückzuführen, während die Investitionstätigkeit und der private Konsum nur geringfügig zunahm. Die Arbeitslosenquote blieb mit 13,2 Prozent im Vergleich zu den anderen osteuropäischen Ländern hoch. Im Jahr 2013 dürfte die bulgarische Wirtschaft leicht zugelegt haben. Bei einer Stabilisierung der politischen Lage sind in den Folgejahren die Aussichten günstiger.

Die Wirtschaft in den baltischen Ländern ist auch im dritten Quartal weiter gewachsen. Dabei hat sich das Wachstum in Litauen auf 0,1 Prozent verlangsamt, während es in Lettland mit 1,2 Prozent kräftig ausfiel. Neben der Nachfrage aus dem Ausland ist dies auch auf die Zunahme des privaten Konsums zurückzuführen. Dieser wurde durch gestiegene Einkommen gestützt. Die Arbeitslosenquote ging zurück; in Lettland war dies indes teilweise Folge einer gesunkenen Erwerbsbeteili-

gung. Insgesamt werden die beiden Volkswirtschaften auch 2014 und 2015 deutlich wachsen. Lettland tritt Anfang 2014 der Eurozone bei.

In Russland ist die Wirtschaft in den ersten drei Quartalen um 1,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gewachsen. Während die Importe zugenommen haben, waren die Exporte leicht rückläufig. Die Investitionstätigkeit hat sich abgeschwächt. Der private Konsum verläuft gedämpft; so stiegen die Einzelhandelsumsätze im dritten Quartal langsamer als im Vorquartal und auch im Vorjahresvergleich. Hinzu kommt eine leichte Erhöhung der Arbeitslosenrate auf zuletzt 5,5 Prozent. Die Inflationsrate lag im Herbst mit 6,9 Prozent nach einem vorübergehenden Rückgang wieder auf dem Niveau des Vorquartals. Durch die Abwertung des Rubels wird die Exporttätigkeit gestützt. Im Jahr 2013 dürfte die russische Wirtschaft weniger stark gewachsen sein als im Vorjahr; 2014 und 2015 sind die Raten wieder etwas höher.

In der Türkei haben im dritten Quartal die Exporte leicht zugelegt und die Importe (auch von Gold) sind gesunken. Diese Entwicklung trägt grundsätzlich zu einer Verringerung des Leistungsbilanzdefizits bei, das sich im zweiten Quartal insbesondere aufgrund hoher Goldimporte ausgeweitet hatte. Die türkische Lira hat zwischen Anfang Mai und Ende November gegenüber dem Euro um 13 Prozent und dem Dollar um zehn Prozent abgewertet. Dies hat trotz einer günstigen Entwicklung der Energiepreise dazu beigetragen, dass Ende Oktober mit einer Teuerungsrate von 7,7 Prozent das Inflationsziel von fünf Prozent erneut verfehlt wurde. Wieder zunehmende Einzelhandelsumsätze deuten auf eine Stärkung des privaten Konsums hin; auch das Konsumentenvertrauen zieht an. Die Wirtschaft der Türkei dürfte im Jahr 2013 stärker zugelegt haben als im Vorjahr. Auch in den beiden Folgejahren wird das Wachstum kräftig sein.

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung zögerlich, aber breit angelegt

Die deutsche Wirtschaft setzt ihre Erholung fort, hohe Produktionszuwächse sind aber nicht zu erwarten. Im dritten Quartal war die Nachfrage noch schwach, und auch im vierten Quartal dürfte die Produktion den verfügbaren Indikatoren zufolge nur wenig ausgeweitet werden. Die Weltkonjunktur kommt jedoch allmählich stärker in Fahrt und belebt die deutschen Exporte, die im Schlussquartal Tempo aufnehmen (Tabelle 2). Dies regt nach und nach die Investitionstätigkeit an, die ihre zweijährige Schwächephase hinter sich gelassen hat. Trotz kräftiger Zuwächse erreichen die Ausrüstungsinvestitionen aber erst Ende 2015 das Niveau, das sie zu Jahresbeginn 2008 hatten und bleiben relativ zur Wirtschaftsleistung schwach. Die stärksten Zuwächse dürften sie bei nachlassender Unsicherheit zum Jahreswechsel 2014/15 verzeichnen (Abbildung 12). Die Gesamtwirtschaft wird dann ihre Normalauslastung erreichen und im Folgenden etwas an Dynamik verlieren.

Der Koalitionsvertrag sieht die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns vor. Die Auswirkungen einer solchen Reform sind kaum absehbar. In dieser Prognose wird unterstellt, dass davon im Prognosezeitraum keine negativen Beschäftigungswirkungen ausgehen. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich unter dieser Annahme in den nächsten zwei Jahren fort, verliert

jedoch an Schwung. Die Arbeitszeit wird infolge der steigenden Produktion ausgeweitet, dadurch steigt das Arbeitsvolumen zusätzlich. Die Arbeitslosigkeit wird bis in das Jahr 2015 hinein etwas zunehmen, weil die Zahl der Erwerbspersonen, vor allem wanderungsbedingt, stärker steigt als die Zahl der Erwerbstätigen. Im Durchschnitt des Jahres 2014 sind voraussichtlich etwas über drei Millionen Menschen arbeitslos, das entspricht einer Quote von 7,0 Prozent. Im darauffolgenden Jahr werden es 3,1 Millionen bzw. 7,1 Prozent sein (Tabelle 3). In diesem Umfeld legen die Stundenlöhne weiter zu, allerdings nicht mehr so kräftig wie im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Der private Verbrauch wird von den Einkommenszuwächsen und der anhaltend niedrigen Teuerung angeregt und trägt maßgeblich zum Wachstum bei. Die kräftige Binnennachfrage sowie die anziehenden Exporte führen zu merklich steigenden Importen. Der Handelsbilanzüberschuss ist leicht rückläufig. Dies dämpft den Leistungsbilanzüberschuss; dem wirken allerdings die zunehmenden Vermögenseinkommen entgegen.

Im Jahr 2013 wächst die deutsche Wirtschaft um 0,4 Prozent und bleibt unterausgelastet; die Produktionslücke beträgt gut ein Viertel Prozent. Bei einem Wachstum von 1,6 Prozent im Jahr 2014 schließt sich

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,3	0,6	0,1	0,3	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,1	-0,2	0,5	0,0	0,2	0,6	0,0	-0,1	0,1	0,2	0,0	0,0
Ausrüstungen	-1,6	1,2	0,5	0,2	1,6	2,2	2,3	2,3	2,3	1,8	1,5	1,5
Bauten	-2,3	1,9	2,4	0,8	0,8	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Sonstige Investitionen	-0,9	1,5	1,5	1,2	1,5	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
Lagerveränderung ¹	0,4	-0,3	0,2	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,3	0,4	0,7	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	-0,2	0,3	-0,4	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausfuhr	-1,0	2,4	0,1	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Einfuhr	-0,6	1,9	0,8	1,4	1,5	1,7	1,7	1,8	1,8	1,7	1,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,7	0,3	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

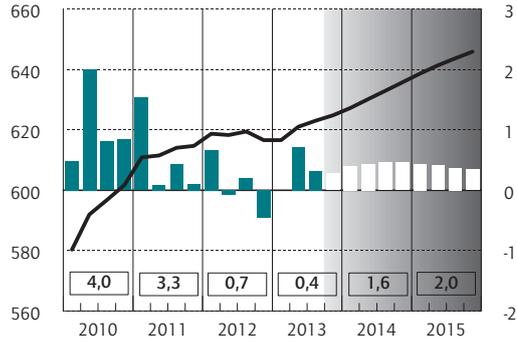
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2013.

Abbildung 12

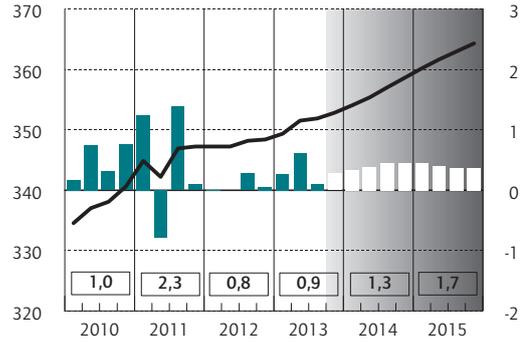
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

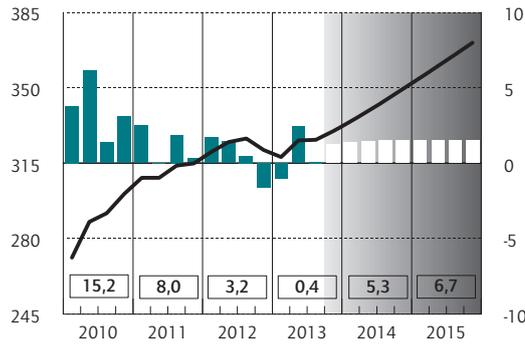
Bruttoinlandsprodukt



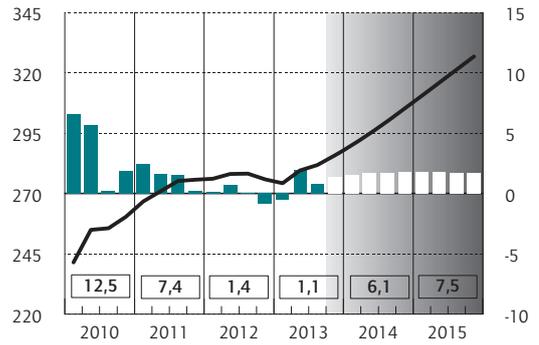
Konsumausgaben der privaten Haushalte



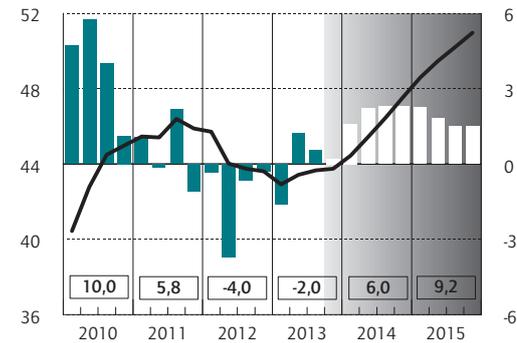
Exporte



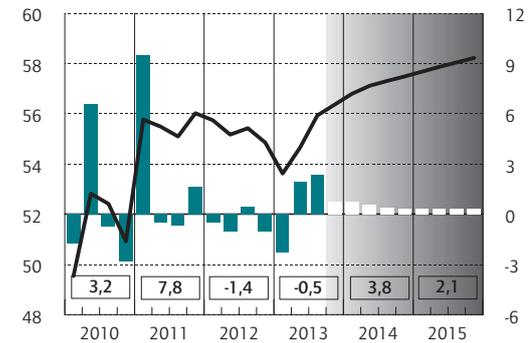
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veranderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veranderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem vierten Quartal 2013.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	4,0	3,3	0,7	0,4	1,6	2,0
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	40 587	41 152	41 608	41 857	42 036	42 122
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 947	2 501	2 315	2 278	2 349	2 443
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 238	2 976	2 897	2 952	3 059	3 111
Erwerbslosenquote, ILO ²	7,1	5,9	5,5	5,3	5,5	5,7
Arbeitslosenquote, BA ²	7,7	7,1	6,8	6,9	7,0	7,1
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	2,1	2,0	1,5	1,6	1,7
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-1,5	0,8	2,8	2,0	1,7	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-104,3	-21,4	2,2	5,6	-0,8	19,2
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-4,2	-0,8	0,1	0,2	0,0	0,7
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,3	6,2	7,0	7,0	7,0	7,0

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 bis 2015: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

die Lücke annähernd und ist 2015 leicht positiv, da das Bruttoinlandsprodukt mit knapp zwei Prozent erneut stärker als das Produktionspotential wächst. Der öffentliche Gesamthaushalt schließt im Jahr 2013 mit einem leichten Überschuss von 0,2 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ab; im Jahr 2014 ist er fast ausgeglichen, im darauffolgenden Jahr liegt der Überschuss bei knapp 0,7 Prozent. In konjunkturell bereinigter Betrachtung liegt der Finanzierungssaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr bei 0,4 Prozent. Im Jahr 2014 ist der Saldo strukturell ausgeglichen und steigt im Jahr 2015 auf 0,6 Prozent.

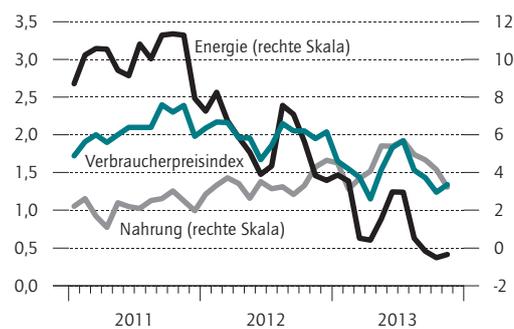
Verbraucherpreise ziehen leicht an

Nachdem die Inflation in den Sommermonaten bis auf 1,9 Prozent gestiegen war, betrug sie im November nur noch 1,3 Prozent (Abbildung 13). Während sich Nahrungsmittel weiterhin kräftig verteuerten, mussten die Verbraucher für Energie weniger aufwenden als im Vorjahresmonat. Ohne den Rückgang der Energiepreise lag die Teuerungsrate bei 1,6 Prozent.

Im Prognosezeitraum wird sich Energie wohl nur moderat verteuern, vor allem da der Ölpreis etwas zurückgeht (Kasten 1). Die Strompreise dürften allerdings weiterhin kräftig zulegen. So steigt die EEG-Umlage zu Beginn des Jahres 2014 von 5,3 auf 6,2 Cent/kWh, und auch für das Jahr 2015 ist von einem weiteren Anstieg

Abbildung 13

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex
In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis.

© DIW Berlin 2013

Die Inflation war in den vergangenen Monaten moderat. Preistreibend wirkten Nahrungsmittel, die Energiepreise dämpften die Inflation.

auszugehen.⁶ Die Lebensmittelpreise werden weiter spürbar zunehmen, allerdings nicht mehr so stark wie

⁶ Die Netzbetreiber rechnen mit einer Erhöhung auf bis zu 6,9 Cent/kWh. Die Reform des EEG soll zwar im Sommer 2014 verabschiedet werden. Da die Förderung bestehender Anlagen aber nicht geändert werden soll, dürften die dämpfenden Auswirkungen auf die EEG-Umlage – und damit auf den Preis für Elektrizität – begrenzt sein.

Kasten 1

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen steigen zwar weiter moderat an, da deren Bedeutung als sichere Anlageform leicht zurückgeht. Unter dem Strich bleiben die Unternehmenszinsen niedrig und wirken weiterhin stimulierend. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der allen Annahmen zugrunde liegt, ist der 2. Dezember. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brentöl herangezogen, die einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legten im Jahr 2013 um 2,4 Prozent zu. In den darauffolgenden Jahren wird von einem Zuwachs in ähnlicher Größenordnung ausgegangen.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum durchgängig expansiv ausgerichtet. Bereits in den bisherigen Finanzplanungen ist ein expansiver Kurs angelegt (Tabelle 2). So wurde beispielsweise der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des Jahres 2013 gesenkt. Der Grundfreibetrag wurde zu Beginn des Jahres angehoben und die Praxisgebühr abgeschafft. Hinzu kamen Ausgabenerhöhungen im Bereich der

Transferleistungen, wie die Einführung des Betreuungsgeldes. Schließlich wurden Mittel zur Beseitigung der Flutschäden bereitgestellt.

Im Jahr 2014 kommen weitere expansive Impulse hinzu, vor allem, weil der Grundfreibetrag nochmals angehoben wird und für die Beseitigung der Flutschäden mehr Mittel fließen werden. Darüber hinaus zeichnen sich bereits einige Maßnahmen auf der Grundlage der Koalitionsvereinbarungen ab. Diese sind allerdings noch wenig konkret und erfordern in großem Umfang Setzungen. Dieser Prognose liegt die Annahme zu Grunde, dass bereits im Jahr 2014 die beabsichtigten Leistungserweiterungen der gesetzlichen Rentenversicherung umgesetzt werden. Zwar dürften sie erst im Lauf des Jahres 2014 beschlossen werden und wohl erst zur Jahresmitte in Kraft treten. Vor allem die sogenannte Mütterrente, also eine Anhebung der Rente für jedes Kind, das vor 1992 geboren wurde, wird unter dieser Annahme aber bereits im Jahr 2014 zu erheblichen Mehrausgaben führen. Auch ein vorzeitiger Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte, die mindestens 45 Beitragsjahre vorweisen können, und die sogenannte Lebensleistungsrente könnten zur Jahresmitte umgesetzt werden. Im Prognosezeitraum werden die Auswirkungen dieser Maßnahmen, die in der langen Frist erhebliche Mehrausgaben nach sich ziehen werden, aber relativ gering sein. Die beabsichtigten Mehrausgaben in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur und Bildung werden wohl erst nach und nach umgesetzt werden können, denn für solche Mehrausgaben müssen erst die Grundlage geschaffen oder die Planungen durchgeführt werden.

Im Jahr 2015 werden die Vereinbarungen weitere Maßnahmen nach sich ziehen. So dürften die Ausgaben für Investitionen und Bildung erhöht werden und auch die zusätzlichen Mittel für den Ausbau von Kitas zu höheren Mehrausgaben führen. Dem steht entgegen, dass zur Beseitigung der Flutschäden im Jahr 2015 weniger Mittel verausgabt werden. Diesen expansiven Maßnahmen steht die Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung gegenüber. Alles in allem wird der der fiskalische Impuls im Jahr 2014 bei 0,8 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen; im Jahr 2015 liegt er bei 0,7 Prozent.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2013	2014	2015
EZB-Leitzins	Prozent	0,54	0,25	0,25
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,2	0,3	0,4
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	2,7	2,4	2,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,6	1,9	2,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,33	1,35	1,35
Tariflöhne	Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	2,4	2,5	2,3
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	108,4	106,9	104,3
Erdölpreis	Euro/Barrel	81,6	78,7	76,8

© DIW Berlin 2013

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Milliarden Euro gegenüber 2012

	2013	2014	2015
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-1,8	-2,7
Erhöhung des Grundfreibetrags	-0,8	-2,4	-2,6
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	-0,8	-1,1	-1,2
Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts		-0,2	-0,3
Steuervereinfachungsgesetz 2011	0,2	0,2	0,2
Strompreiskompensation		-0,4	-0,4
Einführung einer Brennelementesteuer	-0,2	-0,2	-0,3
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4	0,5
Jahressteuergesetz 2013	-0,3	-0,3	-1,1
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	0,2	0,3
Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen	0,1	0,1	0,1
Ausbau der Verkehrsinfrastruktur beim Bund	-0,7		
Aufstockung Verkehrsinfrastruktur Bund aufgrund des Koalitionsvertrages		-0,5	-1,2
Beseitigung von Flutschäden	-3,0	-4,0	-1,0
Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung ³	-0,7	-0,6	-0,6
zusätzliche Ausgaben des Bundes für Kitas ⁴	0,0	0,9	1,6
Betreuungsgeld	-0,5	-1,1	-1,1
Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV zum 01.01.2014		-0,5	-0,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben bei der Bundesagentur	0,6	0,7	0,8
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro	-0,3	-0,3	-0,3
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	1,0	1,1	1,2
Verzicht auf Gewinn- und Zinseinnahmen zugunsten Griechenlands	-0,7	-0,8	-0,8
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,6 Prozentpunkte	-6,6	-6,7	-6,8
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte	1,1	1,2	1,2
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte			3,6
Anhebung der Insolvenzgeldumlage	0,6	0,6	0,6
Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ⁵		-3,3	-6,5
Abschaffung der Praxisgebühr	-2,1	-2,1	-2,1
Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der Gesetzlichen Krankenversicherung	-0,1	-0,1	-0,1
Gesetz zur Neuausrichtung der Sozialen Pflegeversicherung	-1,0	-1,2	-2,0
Private Zusatzpflegeversicherung	-0,1	-0,1	-0,1
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-1,3	-2,0	-2,1
Insgesamt	-16,2	-24,4	-23,6
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,6	-0,9	-0,8

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Verordnung zur Absenkung der Steuersätze bei der Luftverkehrsteuer, Anwendung des BFH-Urteils zur regelmäßigen Arbeitsstätte bei mehreren Tätigkeitsstätten, Verkehrssteueränderungsgesetz, Urteil zum Ehegattensplitting bei eingetragenen Lebensgemeinschaften, 2. VO zur Änderung der EnergieSt- und der StromSt-DVO vom 24. Juli 2013, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz.

3 Zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden, Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden.

4 Aufstockung der Kita-Ausgaben im Zuge der Verhandlungen über den Fiskalpakt, Aufstockung der Kita-Ausgaben aufgrund des Koalitionsvertrages.

5 Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte mit 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

2013 aufgrund witterungsbedingter Ernteausfälle. Verantwortlich für die anhaltend hohe Teuerung bei den Nahrungsmitteln sind neben gestiegenen Produktionskosten, zum Beispiel für Energie und Futtermittel, auch die steigende Nachfrage nach Milch- und Fleischprodukten aus Asien.

Die Kerninflation ohne Energie und Nahrung dürfte nach und nach von 1,2 Prozent in diesem Jahr auf 1,7 Prozent im Jahr 2015 steigen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen bei anziehender Kapazitätsauslastung und zunehmender privater Konsumnachfrage ihre Preissetzungsspielräume im weiteren Verlauf nutzen dürften, um gestiegene Kosten, etwa aufgrund der hohen Lohnabschlüsse der vergangenen Quartale, weiterzugeben.

Alles in allem wird die Inflation im Prognosezeitraum mit 1,5 Prozent in diesem Jahr, 1,6 Prozent im nächsten und 1,7 Prozent im Jahr 2015 wohl moderat bleiben. Unter der Annahme real konstanter Ölpreise läge die jahresdurchschnittliche Teuerung in den Jahren 2013 bis 2015 mit 1,5 Prozent, 1,6 Prozent und 1,9 Prozent kaum höher.

Steigende Beschäftigung, leicht zunehmende Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Erwerbstätigkeit ist bis zuletzt gestiegen (Tabelle 4). Die monatlichen Zuwächse schwanken allerdings erheblich. Dies könnte auch ein Indiz dafür sein, dass das Einstellungsverhalten der Arbeitgeber durch Unsicherheiten über den weiteren Konjunkturverlauf beeinflusst wird. Weil die Zahl der Erwerbspersonen etwas stärker als die Nachfrage nach Arbeitskräften zulegte, hat die Zahl der Arbeitslosen ebenfalls zugenommen.

Zu einem Zuwachs bei den Erwerbspersonen kam es vor allem durch verstärkte Zuwanderungen – insbesondere aus den 2004 sowie 2007 zur EU beigetretenen Staaten. Zudem kam es vermehrt zu Zuzügen aus Südeuropa. Das primäre Wanderungsmotiv ist die Aufnahme einer Beschäftigung.⁷ In der ersten Hälfte dieses Jahres belief sich der Wanderungsgewinn nach vorläufigen Zahlen der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung bei Ausländern auf 213 000; die stärksten Zuzüge gab es bei Polen, Rumänen, Bulgaren sowie Italienern, Ungarn und Spaniern. Zudem hat die Erwerbsneigung weiter zugenommen. Im zweiten Vierteljahr 2013, dem Quartal mit den derzeit aktuellsten Informationen, waren von den Personen im Alter von 16 bis 74 Jahren mit deutscher Staats-

7 Vgl. Brenke, K., Neubecker, N. (2013): Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich. DIW Wochenbericht Nr. 49/2013.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2011	2012	2013	2014	2015
Erwerbstätige im Inland (in Millionen)	41,15	41,61	41,86	42,04	42,12
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,55	4,55	4,50	4,50	4,50
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	28,47	29,01	29,36	29,47	29,55
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,88	1,89	1,90	1,91	1,92
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,86	4,80	4,79	4,78	4,77
Sonstige	1,39	1,36	1,31	1,38	1,38
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes beziehungsweise im Ausland etc.	-0,05	-0,06	-0,06	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	41,10	41,54	41,79	41,97	42,06
Erwerbslose	2,50	2,32	2,28	2,35	2,44
Erwerbspersonen	43,60	43,86	44,07	44,32	44,50
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,97	2,90	2,95	3,06	3,11
Arbeitslosenquote BA ² in Prozent	7,1	6,8	6,9	7,0	7,1
Arbeitslosenquote SGB ³ in Prozent	9,4	9,1	9,1	9,4	9,5
Erwerbslosenquote VGR ⁴ in Prozent	5,7	5,3	5,2	5,3	5,5
Erwerbslosenquote ILO-Statistik in Prozent	5,9	5,5	5,3	5,5	5,7
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,64	39,95	40,38	40,54	40,63

¹ Bis 2011 einschließlich Personen im Freiwilligendienst.

² Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

⁴ Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

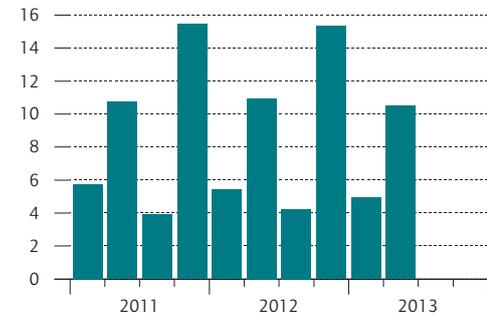
bürgerschaft 68,1 Prozent auf dem Arbeitsmarkt aktiv; ein Jahr zuvor waren es 67,9 Prozent. Bei der entsprechenden Altersgruppe mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft stieg die Erwerbsquote in derselben Zeit – zum Teil auch wanderungsbedingt – von 63,8 Prozent auf 64,7 Prozent.

Im November 2013 war der Bestand an Arbeitslosen um 550 00 Personen oder zwei Prozent höher als ein Jahr zuvor. Der Großteil des Gesamtzuwachses entfiel auf Erwerbslose mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Mit insgesamt sieben Prozent war der Anstieg hier besonders kräftig, vor allem aufgrund der gestiegenen Arbeitslosenzahl von EU-Bürgern. Zum Teil hängt der Aufbau der Arbeitslosigkeit mit der Einschränkung von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zusammen. Allerdings werden auch vermehrt Personen in der Statistik nicht mehr als arbeitslos geführt, obwohl sie es faktisch sind – etwa weil sie ab einem bestimmten Alter keine Arbeitsangebote erhalten hat-

Abbildung 14

Sonderzahlungen zu den Bruttostundenlöhnen der Arbeitnehmer¹

Anteile in Prozent



¹ Ohne geringfügig Beschäftigte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der Anteil der Sonderzahlungen an den Löhnen ändert sich im Vorjahresvergleich nicht.

ten⁸ oder weil ihre Vermittlung privaten Einrichtungen übertragen worden war.

Der Beschäftigungsaufbau erfolgte im Wesentlichen über die sozialversicherungspflichtige Arbeit. Weiterhin ging die Zahl derjenigen Arbeitskräfte etwas zurück, die ausschließlich einen Minijob ausüben. Als zweite Erwerbstätigkeit haben indes Minijobs nochmals an Bedeutung gewonnen. Zum Stillstand gekommen ist dagegen der Trend zur selbständigen Beschäftigung.

Die Zahl der je Kopf geleisteten Arbeitsstunden ist zuletzt deutlich gestiegen. Dies hängt vor allem mit einer Strukturverschiebung hin zur oft in Form eines Vollzeitjobs ausgeübten sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und hin zur Ausübung einer zweiten Erwerbstätigkeit zusammen. Zudem sind wohl betriebliche Arbeitszeitverkürzungen, die wohl auch wegen einer ungewissen Auftragslage ergriffen wurden, in manchen Sektoren sukzessive zurückgenommen worden.

Der Lohnauftrieb hat sich weiter abgeschwächt. Je Arbeitnehmer ergaben sich im dritten Quartal 2013 nur noch leichte Reallohnzuwächse. Da die Arbeitszeit je Arbeitnehmer ausgeweitet wurde, lag der Zuwachs bei den effektiven Bruttostundenlöhnen (+1,2 Prozent im Vergleich zum dritten Quartal 2012) unter dem An-

⁸ So gelten bei den Arbeitsagenturen gemeldete erwerbslose und erwerbsfähige Personen ab 59 Jahren dann nicht mehr als arbeitslos, wenn ihnen im Laufe eines Jahres keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angeboten wurde (vgl. § 53a, 2 SGB III).

stieg der Verbraucherpreise. Für die schwache Lohnentwicklung sind nicht die Tarifabschlüsse verantwortlich, denn die tariflichen Bruttostundenlöhne stiegen um 2,5 Prozent. Keinen Einfluss hatten die Sonderzahlungen, denn nach den bis zum zweiten Quartal 2013 vorliegenden Daten sind sie nicht nennenswert geringer ausgefallen als im Vorjahr (Abbildung 14). Zu Buche schlägt eher die Entlohnung in den nicht in die Tarifbindung einbezogenen Bereichen sowie die Tatsache, dass die Länder die Tarifvereinbarungen für den öffentlichen Dienst mit Abschlüssen, verzögert oder gar nicht auf die Beamten übertragen haben.

Angesichts der sich weiter aufhellenden Konjunktur setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort, wenngleich mit etwas nachlassendem Tempo. Im Jahr 2015 wird kaum noch Beschäftigung aufgebaut. Unterstellt wird, dass die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns keine Beschäftigungseffekte nach sich zieht (Kasten 2). Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2014 um etwa 180 000 höher sein als in diesem Jahr; 2015 ist der Zuwachs nur halb so hoch. Das Arbeitsvolumen steigt wegen der Ausweitung der Arbeitszeit stärker als die Zahl der Beschäftigten.

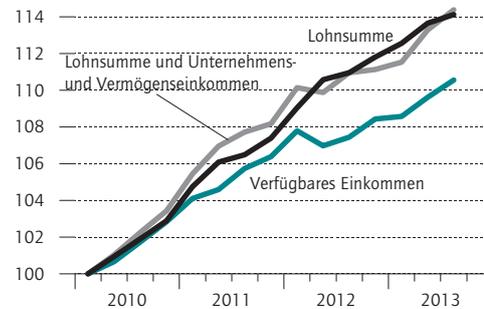
Die Zahl der Arbeitslosen wird allerdings ebenfalls zunehmen, da das Erwerbspersonenpotential – vor allem wanderungsbedingt – weiter kräftig wächst. Zu Jahresbeginn 2014 wird Staatsbürgern Bulgariens und Rumäniens die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt. Deshalb dürften vermehrt Arbeitnehmer aus diesen Staaten zuwandern. Auch könnte eine erhebliche Zahl an Rumänen und Bulgaren nach Deutschland einwandern, die bereits auf dem für sie offenen südeuropäischen Arbeitsmarkt aktiv und dort mit erheblichen Beschäftigungsproblemen konfrontiert sind. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte 2014 das Vorjahresergebnis um reichlich 100 000 übertreffen, für 2015 ist mit einem Anstieg um 50 000 Personen zu rechnen. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote wird sich 2014 auf 7,0 Prozent belaufen, nach 6,9 Prozent in diesem Jahr; 2015 ergibt sich eine Quote von 7,1 Prozent.

Im Zuge des Beschäftigungsaufbaus dürfte der Anstieg der Löhne etwas Fahrt aufnehmen. Da sich das Arbeitskräfteangebot aber nicht verknappt, verbessert sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer kaum und der Lohnzuwachs hält sich in Grenzen. Im Jahr 2014 werden die Bruttolöhne je Arbeitnehmer um knapp drei Prozent höher als im laufenden Jahr ausfallen, bei den Stundenlöhnen ergibt sich eine Anhebung um reichlich zwei Prozent. Für das Jahr 2015 stellt sich ein Zuwachs in der gleichen Größenordnung ein.

Abbildung 15

Einkommen der privaten Haushalte

Index 1. Quartal 2010 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die verfügbaren Einkommen hinken den Primäreinkommen hinterher.

Privater Verbrauch trägt Wachstum

Der private Verbrauch hat in den vergangenen Quartalen zum Wachstum beigetragen, die Zuwächse gingen aber etwas zurück. Zum einen haben sich sowohl die Lohnsteigerungen als auch der Beschäftigungsaufbau zuletzt merklich abgeschwächt. Zum anderen entwickelten sich die verfügbaren Einkommen seit geraumer Zeit weniger dynamisch als die Primäreinkommen; dies lag an den starken – auch progressionsbedingten – Zuwächsen der Abgaben infolge der stark gestiegenen Beschäftigung insbesondere bei sozialversicherungspflichtiger Arbeit. Zudem stiegen einige Sozialleistungen weniger stark. Kaum Einfluss hatten die zwischenzeitlich etwas schwächeren Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit (Abbildung 15).

Die Umsätze im Einzelhandel lagen zu Beginn des Schlussquartals 0,8 Prozent niedriger als im Vorquartal. Die Konsumenten blicken aber laut Umfrage der EU-Kommission so zuversichtlich in die Zukunft wie zuletzt vor anderthalb Jahren. Im Prognosezeitraum werden die Arbeitseinkommen wohl kräftiger als zuletzt steigen, die Lohnsumme dürfte nach knapp drei Prozent im Jahr 2013 in den Jahren 2014 und 2015 um 3,4 und 3,2 Prozent zulegen. Dies liegt in erster Linie an den spürbaren Lohnsteigerungen, zu denen im Jahr 2015 auch der Mindestlohn beitragen dürfte.

Die Lohnsteuerbelastung wird weiter kräftig steigen, wenngleich etwas weniger dynamisch als in den vergangenen Jahren. Dies hängt auch mit der erneuten Anhebung des Grundfreibetrages zusammen. Die Sozial-

Kasten 2

Effekte der Einführung eines allgemeinen Mindestlohns ungewiss

Die SPD und die Unionsparteien haben sich in ihren Koalitionsverhandlungen auf die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohnes in Höhe von 8,50 Euro verständigt, der ab Anfang 2015 wirksam werden soll. Ausgenommen von der geplanten Reform sind bis Ende 2016 Wirtschaftsbereiche mit Entgelttarifverträgen, in denen die Löhne auch gering bezahlter Arbeitnehmer geregelt sind. Unklar ist, ob es sich dabei nur um Tarifverträge mit Mindestlohnvereinbarungen handelt.

Ohne Zweifel hätte ein Mindestlohn Auswirkungen auf den Wirtschaftsverlauf. Die Befürworter von Lohnuntergrenzen erwarten von den damit verbundenen Lohnanhebungen eine Stärkung der Kaufkraft insbesondere der Haushalte mit einer hohen Konsumquote und eine dadurch vermehrte Güternachfrage.¹ Die Gegner fürchten Arbeitsplatzverluste, weil sich wegen der höheren Löhne manche Produktionen nicht mehr rentieren könnten.²

Es gibt eine umfangreiche Literatur zu den Wirkungen von Mindestlöhnen, die auf die Beschäftigungswirkungen konzentriert ist; neuere Studien versuchen, die aufgrund von natürlichen Experimenten gewonnenen Informationen miteinander zu verknüpfen, um zu verallgemeinerbaren Aussagen zu kommen – etwa über die Effekte in regionenübergreifenden Niedriglohnsektoren. Die Untersuchungen ergeben zusammengefasst kein eindeutiges Bild über die Beschäftigungswirkungen von Mindestlöhnen. In der Gesamtschau lässt sich nicht beurteilen, ob Lohnuntergrenzen zu einer Minderung oder gar zu einer Ausweitung der Beschäftigung führen.³ Zusätzliche Schwierigkeiten ergeben sich aus der mangelnden Verfügbarkeit der benötigten Daten.

Daneben existiert eine kleinere Zahl an Studien, bei denen die Verteilungswirkungen analysiert werden. Hier sind die Befunde eindeutiger. Mindestlöhne reduzieren zwar die Lohnungleichheit, kaum jedoch die Ungleichheit bei den

verfügbaren Haushaltseinkommen. Das liegt vor allem daran, dass gering entlohnte Arbeitnehmer oft nur einen Teil zum Einkommen der Haushalte beitragen, da dort häufig weitere Erwerbseinkommen anfallen oder andere Einkommensquellen vorhanden sind. Hinzu kommt, dass Geringverdiener vergleichsweise wenig – oder gar nicht – mit direkten Steuern und mit Abgaben belastet werden. Auch zur Minderung von Armut tragen Mindestlöhne wenig bei: zum einen, weil es sich bei den Löhnen der Geringverdiener oft nur um einen das Haushaltseinkommen ergänzenden Bestandteil handelt, zum anderen, weil Armut vor allem auf Unterbeschäftigung beruht.

Die Forschung über die Effekte von Mindestlöhnen beschränkt sich auf Partialanalysen. Umfassende und viel anspruchsvollere Untersuchungen, mit denen die Folgen für den wirtschaftlichen Kreislauf, also Produktion, Güterverwendung und Einkommensverteilung im Zusammenhang bestimmt werden, gibt es nicht. Zudem ist ein vertieftes Wissen über mögliche Reaktionen auf die Einführung von Lohnuntergrenzen nötig. Beispielsweise wären mögliche Spill-Over-Effekte zu berücksichtigen. Arbeitnehmer, die mit ihren Löhnen oberhalb der Mindestlohngrenze liegen, könnten eine Anhebung ihrer Entgelte fordern, um den Lohnabstand zu den Geringverdienern – zumindest teilweise – wieder herzustellen. Solche Verhaltensänderungen sind kaum kalkulierbar. Auch wäre in Rechnung zu stellen, dass die Effekte eines Mindestlohns ungleich verteilt sein werden, denn sie variieren erheblich nach Region, Art der Jobs, Geschlecht und Alter der Arbeitnehmer, Branche oder Betriebsgröße. Auch wegen dieser Selektivität ergeben sich gravierende Datenprobleme bei dem Versuch von Schätzungen über die Effekte von Lohnuntergrenzen.

Überdies sind gegenwärtig die Regelungen für die Gestaltung und die Umsetzung des allgemeinen Mindestlohns nicht festgelegt. Wie soll beispielsweise mit der erheblichen Zahl an Arbeitsverhältnissen umgegangen werden, bei denen Stücklöhne vereinbart worden sind? Werden die Arbeitszeiten der Abnehmer streng kontrolliert oder wird es möglich sein, dass nicht wenige Arbeitsverhältnisse einer Mindestlohnregulierung entzogen werden, indem die Regelungen durch unbezahlte Mehrarbeit umgangen werden?⁴ Wie wird mit Sonderzahlungen verfahren – werden sie auf die Mindestlöhne, die auf die Löhne je Stunde ausgerichtet sind, angerechnet

¹ Vgl. unter anderem Horn, G. A., Joebges, H., Logeay, C., Sturn, S. (2008): Frankreich – ein Vorbild für Deutschland? Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn. IMK-Report Nr. 31.

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Jahresgutachten 2013/14. Wiesbaden 2013, 284 ff.

³ Eine kritische Diskussion der Forschung über die Beschäftigungseffekte von Mindestlöhnen findet sich unter anderem in Brenke, K., Müller, K.-U. (2013): Gesetzlicher Mindestlohn – kein verteilungspolitisches Allheilmittel. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 39/2013; sowie in Sachverständigenrat, a. a. O., 269 ff.

⁴ Vgl. hierzu Brenke, K., Wagner, G. G. (2013): Gesetzliche Mindestlöhne: mit der Einführung kommen die Tücken der Umsetzung. Wirtschaftsdienst Nr. 11/2013.

oder nicht? Kommt es in größerer Zahl zur Umwandlung von Arbeitsverträgen in Werkverträge? Des Weiteren sind noch die Konsequenzen der Übergangsregelung in denjenigen Branchen offen, in denen qua Tarifvertrag die Löhne von Geringverdienern geregelt sind. Kurzum: Es ist derzeit nicht absehbar, wie viele Arbeitnehmer überhaupt künftig einen Mindestlohn erhalten werden.

Trotz aller methodischen und konzeptionellen Probleme lassen sich Szenarien durchspielen, die Hinweise auf einige gesamtwirtschaftliche Wechselwirkungen geben können. Ausgangspunkt der Überlegungen sind etwaige Beschäftigungseffekte, die als Annahmen gesetzt werden. Die Arbeitsplatzwirkungen eines Mindestlohns ergeben sich also nicht aus Berechnungen; im Gegenteil: Die Beschäftigungseffekte gehen a priori in die Kalkulation ein. Entsprechend ist auch die Spannweite der hier verwendeten Szenarien gegriffen.

Nicht bekannt ist die Produktivität der Arbeitnehmer mit einem geringeren Lohn als 8,50 Euro brutto je Stunde. Überstiege ihre Produktivität in jedem Falle diesen Wert, hätte der Mindestlohn keine Beschäftigungsverluste zur Folge; dies wird im hier gewählten Szenario I unterstellt (Tabelle). Der gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsaufbau würde sich unter dieser Annahme im Jahr 2015 fortsetzen, während die Zahl der Arbeitslosen, auch wanderungsbedingt, geringfügig ansteige. Die effektiven Stundenlöhne würden kräftiger zulegen als im Jahr 2014, auch weil es infolge des Mindestlohns bei den Arbeitnehmern am unteren Ende der Lohnskala zu deutlichen Einkommenszuwächsen käme. Das dürfte den privaten Verbrauch etwas anschieben. Etwas geringere Investitionen in einigen vom Mindestlohn betroffenen Wirtschaftsbereichen dürften von Mehrinvestitionen in denjenigen Bereichen, die von einem dynamischeren Konsum profitieren, kompensiert werden.

Denkbar ist ebenfalls, dass infolge des Mindestlohns manche der bestehenden Arbeitsplätze unrentabel werden und ein Teil der Geringverdiener entlassen wird. Im Szenario II wird ein moderater Arbeitsplatzverlust – von einer Viertelmillion – unterstellt. Betroffen wären vor allem der Handel, das Gastgewerbe sowie einige unternehmensnahe und sonstige Dienstleistungen; in diesen Sektoren würde die Wirtschaftsleistung etwas gedämpft. Dem Personalabbau würde durch Mehrarbeit der verbliebenen, produktiveren Beschäftigten etwas entgegengewirkt werden. Vermutlich verschiebt sich auch die Struktur der Arbeitnehmer weg von den häufig gering entlohnerten Minijobbern und Teilzeitkräften hin zu den

im Schnitt besser bezahlten Vollzeitkräften. Die Stundenlöhne sowie die Pro-Kopf-Löhne und die Produktivität je Arbeitnehmer dürften auch wegen der veränderten Zusammensetzung mancher Belegschaften steigen. Der Zuwachs beim privaten Verbrauch wäre geringer als in Szenario I aus. In Szenario III wird ein kräftigerer Arbeitsplatzabbau – von einer halben Million – angenommen. In diesem Fall würde die gesamtwirtschaftliche Produktion stärker gedämpft; die Arbeitsplatzverluste könnten nur zu einem kleineren Teil durch Mehrarbeit aufgefangen werden.

In der Summe ergibt sich in allen drei betrachteten Szenarien ein in etwa gleicher Anstieg der Lohnsumme von gut drei Prozent. Der verminderten Beschäftigung in den Szenarien II und III würden steigende Stundenlöhne und eine Ausweitung der Arbeitszeit entgegenwirken. Es käme in jedem Fall zu Umverteilungseffekten zulasten der Bezieher von Unternehmens-einkommen. Käme es zu Beschäftigungsverlusten, dürften vor allem die Bezieher höherer Einkommen aus abhängiger Beschäftigung profitieren, da sie in der Regel relativ produktiv sind und durch Mehrarbeit und höhere Entlohnung Teile der Wertschöpfung möglicherweise entlassener Arbeitskräfte übernehmen könnten.

Tabelle

Denkbare Wirkungen eines gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015

	kein Beschäftigungseffekt	Baseline, moderater Effekt	stärkerer Effekt	Änderungen ⁶		
				Szenario		
				I	II	III
Erwerbstätige ¹	42,12	41,86	41,63	-266	-495	
Änderung ²	86	-175	-400	-261	-486	
Änderung in Prozent	0,2	-0,4	-1,0	-0,6	-1,2	
Arbeitslose ¹	3,11	3,28	3,48	171	370	
Änderung ²	50	220	419	170	368	
Eff. Stundenlohn ³	2,4	2,7	2,9	0,3	0,5	
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ³	0,5	0,8	1,1	0,3	0,6	
Stundenproduktivität ⁴	1,2	1,5	1,5	0,3	0,3	
Bruttoinlandsprodukt ⁵	2,0	1,8	1,7	-0,2	-0,3	

1 In Millionen, Änderungen in 1 000.
 2 Absolute Änderung gegenüber 2014 in 1 000.
 3 Änderung gegenüber 2014 in Prozent.
 4 Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde, Änderung gegenüber 2014 in Prozent.
 5 Änderung gegenüber 2014 in Prozent, Ursprungswerte.
 6 Änderung im betrachteten Szenario gegenüber Szenario I.

Quelle: Schätzungen des DIW Berlin.

beiträge legen in den Jahren 2014 und 2015 indes merklich zu, weil zur Finanzierung von im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen auf die ursprünglich geplante Senkung des Rentenversicherungsbeitragssatzes verzichtet wird und 2015 der Beitragssatz zur Pflegeversicherung angehoben wird. Im Jahr 2013 hatte die Senkung der Beitragssätze die Abgaben der privaten Haushalte noch spürbar entlastet. Die monetären Sozialleistungen steigen aufgrund kräftiger Rentenanpassungen und der Leistungsausweitung sowohl 2014 als auch 2015 merklich.

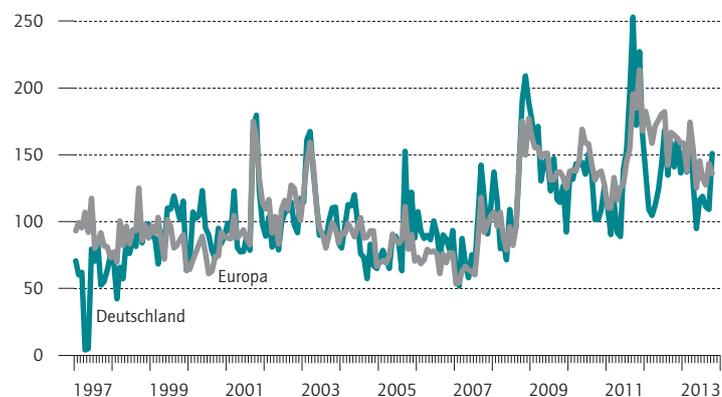
Die Einnahmen aus Vermögen dürften im Zuge der konjunkturellen Belebung, auch weltweit, insgesamt leicht anziehen und die Betriebsüberschüsse wie auch die Einkommen der Selbständigen werden im Prognosezeitraum deutlich steigen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte werden daher voraussichtlich sowohl im Jahr 2014 als auch im Jahr 2015 kräftiger zulegen als zuletzt.

Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen in den Jahren 2014 und 2015 um 2,8 und 3,3 Prozent und damit stärker steigen als im Jahr 2013. Zudem bleibt der Preisauftrieb moderat; dies stützt die Kaufkraft der privaten Haushalte. Seit Anfang 2013 ist die Sparquote nicht mehr gesunken; sie dürfte bei zehn Prozent verharren. Nach gut einem Prozent im Jahr 2013 wird der private Konsum im Jahr 2014 wohl um 1,3 Prozent und im darauffolgenden Jahr um 1,7 Prozent steigen.

Abbildung 16

Economic Policy Uncertainty Index

Index 2000 = 100



Quelle: Baker et al., www.PolicyUncertainty.com.

© DIW Berlin 2013

Immer wieder keimt Unsicherheit in Deutschland und Europa auf.

Ausrüstungsinvestitionen nach wie vor schwach

Die Ausrüstungsinvestitionen sind zwei Quartale in Folge ausgeweitet worden. Allerdings war der Zuwachs mit einem halben Prozent im dritten Quartal 2013 schwach. Das Vertrauen der Unternehmen in sich verbessernde Absatzperspektiven scheint noch nicht gefestigt zu sein. Die Entwicklung der Umsätze inländischer Investitionsgüterhersteller und die Importe von Investitionsgütern sprechen zudem nur für ein schwaches Schlussquartal 2013. Ferner haben Unternehmen im Bereich Transport und Logistik im dritten Quartal die Bestellung schwerer Lkw vorgezogen, um von Preisvorteilen der Fahrzeuge nach derzeit gültiger Euro-5 Abgasnorm zu profitieren; diese wird im kommenden Jahr durch die schärferen Euro-6 Regeln abgelöst.⁹ Spätestens ab dem Jahreswechsel dürfte sich dies leicht dämpfend auf die Erneuerung des Fuhrparks auswirken.

Die Unsicherheit hinsichtlich der Krise im Euroraum ist jedoch mehr und mehr abgeflaut (Abbildung 16). Zudem hat sich das außenwirtschaftliche Umfeld deutlich aufgehellt. Nach wie vor sind auch die Finanzierungsbedingungen äußerst günstig und die Kreditvergabestandards locker. Die seit Beginn des Jahres 2013 steigende Kapazitätsauslastung der Unternehmen setzt sich fort und dürfte zunehmend auch Erweiterungsinvestitionen anstoßen. Vorlaufindikatoren sprechen für eine sich allmählich belebende Aufwärtsentwicklung: Die Importe von Investitionsgütern sind im Trend leicht aufwärtsgerichtet. Die Auftragseingänge der Investitionsgüterproduzenten legten am aktuellen Rand sichtbar zu. Ferner hellt sich die Stimmung laut ifo-Geschäftsklimaindex sowohl im verarbeitenden Gewerbe als auch bei den Investitionsgüterproduzenten auf: Neben den allgemeinen Geschäftserwartungen und deutlich ausgeweiteten Produktionsplänen sind es die steigenden Auftragsbestände, die zur verbesserten Lagebeurteilung beitragen. Dies reflektiert offenbar die Erwartung einer anhaltend günstigen binnenwirtschaftlichen Entwicklung, zunehmend aber auch weltwirtschaftlicher Impulse, die Erweiterungsinvestitionen bei exportorientierten Unternehmen anstoßen werden.

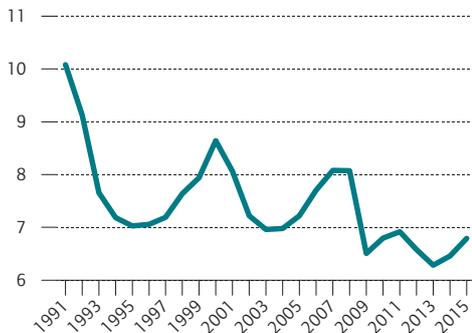
Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahr 2013 um zwei Prozent nachgeben. Bei anziehenden Raten ergibt

⁹ Die Abgasnorm Euro-6 begrenzt den Schadstoffausstoß bei Pkw und Lkw. Die Obergrenzen für den Ausstoß von Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoff, Stickstoffdioxid und Feinstaub verändern sich für ab dem 1.1.2014 hergestellte Fahrzeuge. Vor allem bei Feinstaub wurden die Grenzwerte drastisch verschärft, was zu deutlichen Mehrkosten für Partikelfilteranlagen führt. Gleichzeitig werden Euro-6-Fahrzeuge über die Lkw-Maut günstiger gestellt als die Vorgängergenerationen. Ihre Anschaffung wird zudem durch die KfW gefördert. Entscheidend für die Anschaffung eines Euro-6-Fahrzeugs ist vor allem die Kilometerleistung auf mautpflichtigen Straßen.

Abbildung 17

Investitionsquote

Anteile am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der Trend der Investitionsquote ist schon seit langem nach unten gerichtet.

sich im Jahr 2014 ein kräftiger Schub von rund sechs Prozent. Bei im Verlauf des Jahres 2015 etwas nachlassenden Zuwächsen liegen die Investitionen im Jahresdurchschnitt aufgrund des hohen Anfangsniveaus neun Prozent höher als im Vorjahr. Die Investitionen bleiben jedoch gemessen an der Wirtschaftsleistung selbst 2015 schwächer als in den Vorkrisenjahren (Abbildung 17).

Bauinvestitionen auf festem Grund

Auch im dritten Quartal des laufenden Jahres profitierte die Bauwirtschaft von den guten Rahmenbedingungen. Die Bauproduktion legte um rund 2,4 Prozent zu. Der Wohnungsbau trug im Sommerhalbjahr mit Wachstumsraten von bis zu drei Prozent maßgeblich zur Aufwärtsentwicklung bei. Auch die öffentliche Bautätigkeit zog im dritten Quartal mit 3,3 Prozent noch einmal

Tabelle 5

Entwicklung der Bausparten

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

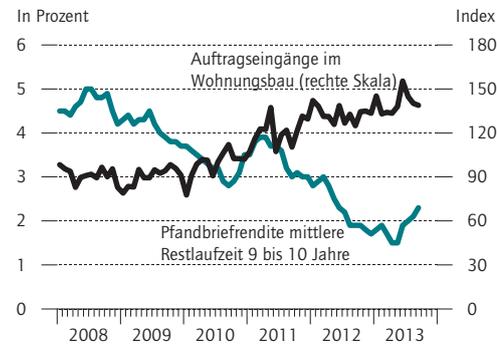
	2013	2014	2015
Bau insgesamt	-0,5	3,8	2,1
Wohnungsbau	1,4	4,2	2,5
Wirtschaftsbau	-4,0	1,0	1,7
Öffentlicher Bau	-0,8	8,4	0,9

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Abbildung 18

Zinsentwicklung in der Kreditrefinanzierung



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2013

Bei Erwartung weiter steigender Immobilienkreditzinsen zieht das Volumen der Auftragseingänge kurzfristig an.

an. Nach wie vor schleppend entwickelt sich der Wirtschaftsbau, der nach einem deutlich negativen zweiten Quartal im dritten Quartal mit einem Prozent nur leichte Zuwächse zeigte (Tabelle 5).

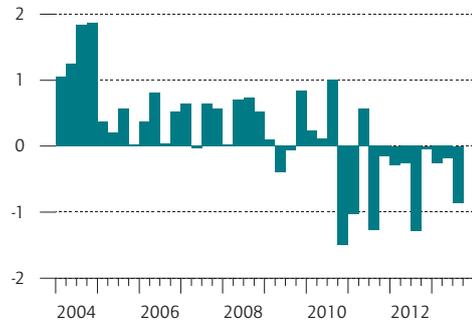
Im Wohnungsbau wird die Dynamik im Prognosezeitraum etwas abflachen. Allerdings bleibt das Investitionsniveau hoch; die Bauunternehmen sind stark ausgelastet und die Auftragslage ist anhaltend gut. Die seit Mai aufwärtsgerichtete Hypothekenzinsentwicklung hat die Auftragseingänge in den Sommermonaten zusätzlich gestützt. Vor allem private Bauherren dürfte die Erwartung weiterer Zinsanstiege zum Beginn ihrer Bauvorhaben motiviert haben (Abbildung 18). Treiber der Entwicklung ist derzeit der Geschosswohnungsbau; dort legten die Baugenehmigungen weiter zu.

Die Bauproduktion ist schwach ins vierte Quartal gestartet und auch im weiteren Verlauf ist mit geringeren Zuwächsen als im Sommerhalbjahr zu rechnen. Deutsche Immobilien verlieren für Kapitalanleger an Attraktivität als „sicherer Hafen“, was neben der realen Investitionstätigkeit insbesondere die Refinanzierungskonditionen über Immobilienpfandbriefe negativ beeinflusst. Dämpfend wirken zudem die deutlich gesunkenen Anfangsrenditen im Geschosswohnungsbau, dem derzeitigen Treiber der Dynamik (Abbildung 19). Das Investoreninteresse dürfte auch durch die Einigungen der Koalitionsverhandlungen abkühlen. Zwar sind die Auswirkungen der vereinbarten Mietpreisbremse vor allem aufgrund der zeitlichen Befristung auf fünf Jahre für Neubauprojekte marginal; allerdings könnten sich die Änderungen bei der Modernisierungsum-

Abbildung 19

Anfangsrenditen im Geschosswohnungsneubau

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quelle: empirica AG.

© DIW Berlin 2013

Die Anfangsrenditen sinken bereits seit geraumer Zeit.

lage als gravierend erweisen. Angedacht ist, Mieterhöhungen an die Amortisationszeit der Investitionen zu knüpfen. Dies dürfte die erwartete Kapitalverzinsung bei Sanierungsprojekten und damit insbesondere die Entwicklung im ohnehin schwächelnden Ausbaugeschäft dämpfen. Auch das Erreichen der Ziele der energetischen und altersgerechten Sanierung, die meist an reguläre Modernisierungsvorhaben gekoppelt ist, wird damit in Frage gestellt.

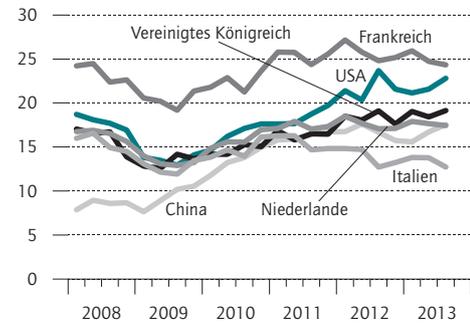
Der Wirtschaftsbau dürfte sich etwas besser entwickeln als zuletzt. Dafür sprechen die positiven Konjunkturaussichten bei weiterhin günstigen Zins- und Kreditvergabebedingungen. Die zuletzt aufwärtsgerichteten Auftragseingänge und die erneut gestiegene Zahl der Baugenehmigungen bei Handels- und Lagergebäuden sowie Büro- und Verwaltungsbauten deuten ebenfalls auf eine Belebung im kommenden Jahr hin. Auch bei Fabrik- und Lagergebäuden ist im Zuge steigender Auslastung zum Ende des Prognosezeitraums mit einer dynamischeren Entwicklung zu rechnen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind aufgrund der guten Kassenlage aufwärtsgerichtet. Die rege Bautätigkeit wird sich, nicht zuletzt aufgrund der Impulse aus dem Fluthilfefonds, auch im kommenden Jahr fortsetzen. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften auch die im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen Mittel für öffentliche Investitionen relevant werden. Bereits ab 2014 dürften Teile der für den Kita-Ausbau bereitgestellten Mittel Verwendung finden. Für Verkehrswege sind in der kommenden Legislaturperiode fünf Milliarden Euro vorgesehen, die ab dem Jahr 2015 allmählich baurelevant werden.

Abbildung 20

Warenausfuhren nach Ländern

In Milliarden Euro



Quelle: Destatis.

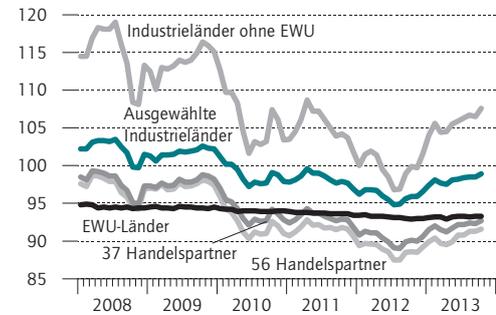
© DIW Berlin 2013

Während die Ausfuhren in wichtige Abnehmerländer im Euroraum rückläufig waren, legten die Ausfuhren in Länder außerhalb des Währungsraums zu.

Abbildung 21

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Realer effektiver Wechselkurs auf Basis der Verbraucherpreise



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2013

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands hat sich seit Mitte 2012 verschlechtert.

Außenhandel: Importe steigen etwas kräftiger als Exporte

Die Exporte haben im dritten Quartal 2013 nahezu stagniert. Während sich die Ausfuhren in die USA, das Vereinigte Königreich und nach China dynamisch entwickelten, gingen die Lieferungen in europäische Abnehmerländer wie Frankreich, die Niederlande und Italien zurück (Abbildung 20). Neben der schwachen konjunkturellen Entwicklung auf wichtigen Absatzmärkten dürfte auch die weiterhin abnehmende preisliche Wett-

Abbildung 22

Frühindikatoren für die Exportentwicklung



Quellen: Ifo-Institut; Destatis; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Sowohl die Aufträge aus dem Ausland als auch die Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewerbes weisen auf einen Anstieg der Exporte hin.

bewerbsfähigkeit Deutschlands die Exporttätigkeit etwas gedämpft haben (Abbildung 21).

Die Exporterwartungen des Verarbeitenden Gewerbes und die Auftragseingänge aus dem Ausland weisen aber auf einen deutlicheren Anstieg der Ausfuhren für das Schlussquartal 2013 hin (Abbildung 22). Auch der Spezialhandel¹⁰ deutet für das vierte Quartal einen Zuwachs der Ausfuhren um 1,3 Prozent an. Bei anziehender Weltkonjunktur und steigender Auslandsnachfrage – auch aus dem Euroraum – wird diese robuste Dynamik im weiteren Verlauf gehalten (Abbildung 23). Insgesamt werden die Exporte im Jahr 2013 aufgrund des schwachen Winterhalbjahrs 2012/2013 nur um 0,4 Prozent steigen. In den kommenden beiden Jahren dürften die Ausfuhren dann um 5,3 Prozent beziehungsweise 6,7 Prozent zunehmen.

Die Einfuhren sind im dritten Quartal um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorquartal und damit stärker als die Exporte gestiegen. Dementsprechend hat sich der Handelsbilanzüberschuss etwas verringert. Insbesondere die Energieimporte und die Einfuhren chemischer und pharmazeutischer Produkte entwickelten sich im dritten Quartal kräftig, aber auch bei Vorleistungs- und Konsumgütern waren Zuwächse zu verzeichnen.

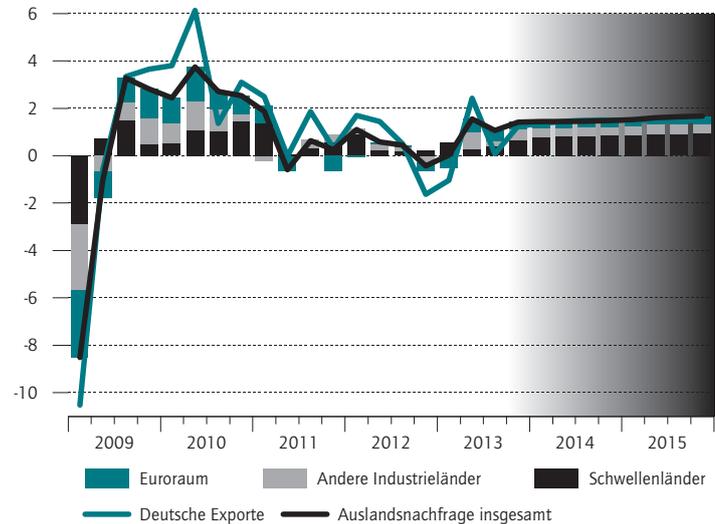
Ab dem vierten Quartal 2013 dürfte die anziehende Nachfrage zu einer dynamischen Entwicklung der Importe führen. Auch die Wareneinfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels haben zuletzt deutlich zuge-

¹⁰ Warenausfuhr in Abgrenzung der Zahlungsbilanz.

Abbildung 23

Auslandsnachfrage und deutsche Exporte

Veränderungen in Prozent



Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Auslandsnachfrage zieht im Prognosezeitraum etwas an.

legt, so dass die Einfuhren im vierten Quartal wohl um 1,4 Prozent steigen werden. Im weiteren Verlauf dürften sie mit etwas höheren Raten als die Ausfuhren expandieren. Alles in allem werden die Importe im Jahr 2013 um 1,1 Prozent über dem Vorjahreswert liegen, 2014 und 2015 dürften sie dann deutlich um 6,1 Prozent beziehungsweise 7,5 Prozent steigen.

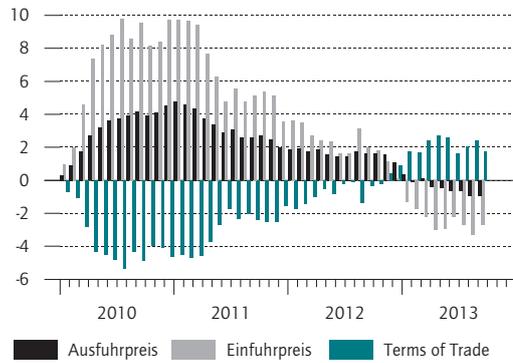
Der Außenbeitrag hat sich im dritten Quartal aufgrund der höheren Dynamik bei den Einfuhren etwas zurückgebildet und liegt derzeit bei 6,1 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Bis zum Ende des Prognosezeitraums wird er leicht sinken. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels ist in diesem und im kommenden Jahr leicht negativ, im Jahr 2015 dürfte er bei null liegen. Der Leistungsbilanzsaldo stagniert bei sieben Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung allerdings auf einem hohen Niveau. Das liegt auch daran, dass die Einkommen auf das deutsche Nettoauslandsvermögen weiterhin einen beträchtlichen Teil des Überschusses ausmachen und tendenziell zunehmen.

Die Außenhandelspreise sind bis zuletzt weiter gefallen. Da die Importpreise – vor allem aufgrund der rückläufigen Ölpreise – stärker als die Exportpreise nachgegeben haben, hat sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis (Terms of Trade) im Vorjahresvergleich weiter verbessert (Abbildung 24). Im Prognosezeitraum wird die Kapazitätsauslastung im Inland steigen, dar-

Abbildung 24

Außenhandelspreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Da die Einfuhrpreise stärker als die Ausfuhrpreise zurückgegangen sind, haben sich die Terms of Trade weiter verbessert.

über hinaus wird die Nachfrage nach Exportgütern aus dem Ausland spürbar zunehmen. In diesem Umfeld dürften die Exporteure ihre Preissetzungsspielräume nutzen und die gestiegenen Produktionskosten teilweise an ihre Kunden weitergeben. Die Importpreise werden ebenfalls zulegen, allerdings aufgrund der leicht rückläufigen Ölpreise etwas weniger stark als die Exportpreise. Insgesamt werden sich die Terms of Trade in diesem und im nächsten Jahr etwas verbessern, 2015 dürften sie stagnieren.

**Öffentliche Haushalte:
Koalitionsvertrag hinterlässt seine Spuren**

Die Finanzlage der öffentlichen Haushalte verbesserte sich in den vergangenen Jahren zusehends; der öffentliche Gesamthaushalt wies im Jahr 2012 einen Überschuss auf. Im Jahr 2013 wird sich dieser leicht erhöhen. Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte wird nach wie vor zu einem großen Teil von den Einnahmen getragen. So expandierten die direkten Steuern seit dem Jahr 2011 kräftig. Infolge des fortgesetzten Beschäftigungsanstiegs und der deutlichen Expansion der Lohnsumme nehmen die Lohnsteuereinnahmen – auch progressionsbedingt – weiterhin kräftig zu.¹¹ Zudem steigen die anderen direkten Steuern merklich. Allein im Jahr 2014

¹¹ Zwar wird der Grundfreibetrag in den Jahren 2013 und 2014 erhöht, dies kann das Entstehen progressionsbedingter Mehreinnahmen allerdings lediglich abbildern, nicht verhindern.

wird ihr Anstieg gedämpft, in diesem Jahr dürfte das Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Besteuerung von Streudividenden einnahmemindernd zu Buche schlagen. Demgegenüber legen die Einnahmen aus den indirekten Steuern eher verhalten zu.¹² Allein die Steuern vom Umsatz nehmen im Prognosezeitraum spürbar zu, denn die nominalen Konsumausgaben der privaten Haushalte expandieren deutlich.

Nach wie vor kräftig legen auch die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen zu. Der Beschäftigungsaufbau findet im sozialversicherungspflichtigen Bereich statt. Die Finanzlage der Sozialversicherungen hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verbessert. Vor diesem Hintergrund wurde der Beitragssatz zur Rentenversicherung bereits in den Jahren 2012 und 2013 gesenkt.¹³ Nach geltender Rechtslage hätte er zu Beginn des Jahres nochmals zurückgeführt werden müssen; um 0,6 Prozentpunkte. Diese Senkung soll dem Koalitionsvertrag gemäß unterbleiben (Kasten 3).¹⁴ Werden die beabsichtigten Leistungsausweitungen zur Jahresmitte umgesetzt, wird die Rentenversicherung im Jahr 2014 nochmals mit einem Überschuss abschließen, so dass zu Beginn des darauffolgenden Jahres wiederum der Beitragssatz zu senken wäre. In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass auch diese Senkung unterbleibt, um die Rentenkassen für die Leistungsausweitungen aufzufüllen. Im Zug der Koalitionsverhandlungen ist auch beschlossen worden, den paritätisch finanzierten Beitragssatz zur Pflegeversicherung spätestens zum 1. Januar 2015 um 0,3 Prozentpunkte anzuheben. Alles in allem steigen die Sozialbeiträge im Jahr 2013 um 2,1 Prozent. Im Jahr 2014 nehmen sie um 3,4 Prozent und im Jahr 2015 um 4,1 Prozent zu.

Insgesamt werden die Einnahmen in diesem Jahr um 2,8 Prozent und im kommenden Jahr um 2,7 Prozent zulegen; im Jahr 2015 steigen sie um 3,9 Prozent.

Die Ausgaben des Staates nehmen ebenfalls deutlich zu. Die Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst werden im Prognosezeitraum merklich expandieren. Bereits im Jahr 2013 waren die Tarifabschlüsse kräftig

¹² Die Verbrauchsteuern sind größtenteils mengenbasiert. Ohne größere Steuerrechtsänderungen – zwar wird die Tabaksteuer in den Jahren 2014 und 2015 nochmals angehoben, die damit verbundenen Mehreinnahmen sind allerdings gering – entwickeln diese Steuern sich verhalten.

¹³ In der Rentenversicherung ist der Beitragssatz dann anzupassen, wenn die Schwankungsreserve am Ende des kommenden Jahres voraussichtlich das 1,5-fache einer Monatsausgabe über- beziehungsweise das 0,3-fache einer Monatsausgabe unterschreitet. Obwohl der Beitragssatz zu Beginn des Jahres 2013 kräftig gesenkt worden ist, wird die Rentenversicherung aber auch in diesem Jahr mit einem Überschuss abschließen.

¹⁴ Obwohl zwischenzeitlich verfassungsrechtliche Bedenken geäußert wurden, ist in dieser Prognose angenommen, dass im Lauf des Jahres 2014 eine gesetzliche Regelung verabschiedet wird, die rückwirkend zum 1. Januar 2014 gilt.

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	nachrichtlich: Zins-/ Steuerquote ²	Schulden- stand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozial- beiträge		Zins- ausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,9	23,3	18,5	47,2	3,2	1,9	-1,3	13,6	59,7
2001	44,3	21,7	18,3	47,4	3,1	1,8	-3,1	14,1	58,8
2002	43,8	21,4	18,3	47,7	2,9	1,8	-3,8	13,8	60,4
2003	44,0	21,4	18,4	48,1	3,0	1,6	-4,1	14,0	64,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	-3,8	13,6	66,3
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	-3,3	13,3	68,6
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	-1,7	12,9	68,1
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3	65,2
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	-0,1	11,9	66,8
2009	45,2	23,1	17,3	48,3	2,7	1,8	-3,1	11,6	74,5
2010 ⁴	43,7	22,0	16,9	48,0	2,5	1,7	-4,4	11,5	82,4
2011	44,3	22,7	16,7	45,2	2,5	1,7	-0,8	11,1	79,9
2012	44,8	23,2	16,8	44,7	2,4	1,6	0,1	10,3	81,2
2013	44,8	23,4	16,7	44,6	2,3	1,5	0,2	9,8	79,4
2014	44,5	23,2	16,7	44,5	2,2	1,6	0,0	9,5	77,0
2015	44,6	23,3	16,8	43,9	2,1	1,6	0,7	9,1	73,7

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2013, 2014 und 2015: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

tig. Der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte wurde allerdings dadurch gedämpft, dass die Länder die Abschlüsse nur mit Abschlüssen – zudem viele nur zeitverzögert, andere gar nicht – auf ihre Beamten übertragen haben. Im Jahr 2014 stehen Tarifverhandlungen für den Bund und die Kommunen an, im Jahr darauf wiederum auf Länderebene. In Anbetracht des konjunkturellen Umfeldes dürften diese Abschlüsse kräftig sein.¹⁵ Die sozialen Sachleistungen legen in den 2014 und 2015 spürbar zu – allerdings weniger als im Jahr 2013, als die Abschaffung der Praxisgebühr ausgabensteigernd wirkte. Auch wenn die Politik wohl weiterhin Anstrengungen unternehmen dürfte, den Preisanstieg bei Medikamenten zu begrenzen, ist die zugrundeliegende Kostendynamik in diesem Bereich groß. Zudem kam es bereits im Jahr 2013 zu Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung, wodurch es auch im Prognosezeitraum zu Mehrausgaben kommt. Zudem sind für das Jahr 2014 bereits Honorarerhöhungen für Ärzte beschlossen worden.

¹⁵ Im Jahr 2014 steht ein Urteil des EuGH zur Altersdiskriminierung bei der Beamtenbesoldung an. In der Folge dürften bestimmte Beamte höher eingruppiert werden; dies dürfte die Arbeitnehmerentgelte ab Mitte des Jahres höher ausfallen lassen.

Die monetären Sozialleistungen nehmen im Prognosezeitraum merklich zu. Im Jahr 2013 ist dies insbesondere der zunehmenden Zahl der Arbeitslosen geschuldet, die die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen zulegen ließen. In den Jahren 2014 und 2015 sind es vor allem die Rentenausgaben, die zunehmen. Zum einen wird die Anpassung der Renten ab Mitte kommenden Jahres nicht mehr durch rentenmindernde Faktoren gedämpft und die der Anpassung zu Grunde liegende Entwicklung der Pro-Kopf-Löhne des jeweiligen Vorjahres ist kräftig. Zum anderen sind im Koalitionsvertrag Leistungsausweitungen vorgesehen, die bereits im Jahr 2014 mit erheblichen Mehrausgaben verbunden sein werden.

Nach dem starken Einbruch aufgrund des Wegfalls der Konjunkturpakete haben sich die Bruttoinvestitionen des Staates im Jahr 2013 trotz der guten Kassenlage nur wenig erholt. Auch sind aus dem Fluthilfefonds bislang kaum Mittel abgerufen worden und Investitionen zur Beseitigung der Flutschäden werden wohl erst nach und nach umgesetzt. Die Finanzlage der Kommunen, dem Hauptinvestor der öffentlichen Hand, ist aber nach wie vor gut und wird sich im Prognosezeitraum weiter verbessern – auch weil der Bund den Kommunen gemäß

Kasten 3

Zu den finanzpolitischen Auswirkungen des Koalitionsvertrages

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ist eine Vielzahl von Vorhaben für die kommende Legislaturperiode vereinbart worden. Konsequenzen für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen haben alle diese Vorhaben. Allerdings können nicht alle mit diesen Maßnahmen verbundenen Impulse quantifiziert werden, denn nur wenig ist – dem Charakter des Koalitionsvertrages als politische Absichtserklärung gemäß – konkret.¹ Auch wo Maßnahmen sich bereits umreißen lassen, gestaltet es sich zurzeit noch schwierig, Aussagen über die fiskalischen Wirkungen zu treffen.² So hängen diese Auswirkungen von der konkreten Ausgestaltung der Vorhaben ab und auch das Zeitprofil der Maßnahmen ist noch unklar.

Im Grundsatz bekräftigt der Koalitionsvertrag, dass der Bund die finanzpolitischen Vorgaben einhalten und in der mittleren Frist an seinen Plänen, eine Neuverschuldung zu vermeiden, festhalten will. Um dies zu gewährleisten hat die Koalition beschlossen, die beabsichtigten Vorhaben zu differenzieren: in prioritäre und andere Maßnahmen. Während letztere unter Finanzierungsvorbehalt stehen, werden die prioritär durchzuführenden Maßnahmen den Bundeshaushalt in dieser Legislaturperiode in einem Umfang von 23 Milliarden Euro belasten (Tabelle). Nach der noch gültigen Finanzplanung des Bundes vom Sommer dieses Jahres war vorgesehen, dass der Bundeshaushalt im Jahr 2015 ausgeglichen sein würde; in den Jahren danach sollten Überschüsse erwirtschaftet werden. Diese Überschüsse bleiben kumuliert hinter dem Umfang der als prioritär angesehenen Maßnahmen zurück. Es zeichnet sich ab, dass der Bundeshaushalt nicht bereits im Jahr 2015 sondern erst später ausgeglichen sein wird.

1 Vgl. Bach, S. et al. (2013): Der Koalitionsvertrag nimmt die Gesellschaft in die Pflicht. DIW Wochenbericht Nr. 50/2013.
2 Die Einführungen eines allgemeinen Mindestlohns wird die Entwicklung der öffentlichen Finanzen ebenfalls stark beeinflussen, allerdings nicht mittels eines direkten Einflusses sondern über seine makroökonomischen Rückwirkungen und wird hier deshalb nicht weiter behandelt.

Koalitionsvertrag gegenüber der bisherigen Planung in den Jahren 2015 bis 2017 jeweils eine Milliarde Euro an zusätzlichen Mitteln zur Verfügung stellen wird. Im Koalitionsvertrag sind zudem Mehrausgaben für den Kita-Ausbau beschlossen. Da seit August 2013 ein Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz besteht, der noch nicht flächendeckend erfüllt wird, dürften die Kommu-

Tabelle

Finanzpolitische Maßnahmen nach dem Koalitionsvertrag¹

Mehrausgaben des Bundes gegenüber geltender Finanzplanung in Milliarden Euro

	Legislaturperiode 2014-2017
Entlastung der Kommunen bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes	3
zusätzliche Mittel für den Kita Ausbau	6
zusätzliche Ausgaben für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	5
zusätzliche Mittel für die Städtebauförderung	0,6
zusätzliche Mittel zur Erreichung des „0,7-ProzentZiels“ in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei den Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	2
Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung gegenüber der geltenden Finanzplanung	2
zusätzliche Mittel zur Eingliederung Arbeitsuchender	1,4
zusätzliche Mittel für die Forschung an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen	3
Summe	23

¹ Maßnahmen ohne Konsolidierungsvorbehalt.

Quelle: Koalitionsvertrag.

Die mit den prioritären Handlungsfeldern verbundenen Mehrausgaben fließen zum Teil in Bereiche, denen ein investiver Charakter zuerkannt werden kann. Das Volumen der zusätzlichen Ausgaben, beispielsweise für die Verkehrsinfrastruktur, ist allerdings gering und bleibt weit hinter dem eigentlichen Bedarf zurück. Ein Großteil des Bedarfs besteht zudem nicht auf der Ebene des Bundes, sondern bei den Kommunen.

Zwar wird der Bund den Kommunen entgegen der bisherigen Finanzplanung zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen.

nen bestrebt sein, diese Mittel möglichst zeitnah abzurufen. Außerdem sollen die Verkehrsinfrastrukturinvestitionen des Bundes aufgestockt werden. Alles in allem dürften die Bruttoinvestitionen des Staates damit im Jahr 2013 um 1,3 Prozent steigen. Im Jahr 2014 werden sie merklich um 7,2 Prozent expandieren und im Jahr darauf um 3,3 Prozent zulegen.

Diese stehen den Kommunen allerdings zur freien Verfügung, eine investive Verwendung ist so nicht gewährleistet. Zudem ist die Finanzlage der Kommunen sehr uneinheitlich; der Investitionsbedarf ist vor allem bei Kommunen mit schlechter Finanzlage hoch und es ist nicht sicher, dass die Mittel dorthin fließen. Andere Ausgaben, wie die zusätzlichen Mittel für den Kita-Ausbau, sind dem Grunde nach ebenfalls wachstumsfördernd. Der Kita-Ausbau hätte allerdings bereits abgeschlossen sein sollen. Die Bauvorhaben, die in Verantwortung von Ländern und Kommunen liegen, haben sich immer wieder verzögert. Die beiden letzten Beispiele zeigen die eigentliche finanzpolitische Herausforderung in dieser Legislaturperiode: Die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Kommunen müssen grundlegend reformiert werden – nicht nur weil der Länderfinanzausgleich und auch der Solidarpakt zeitlich begrenzt sind, sondern weil sichergestellt werden muss, dass zusätzliche Mittel so verwendet werden, wie es angezeigt ist. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart worden, eine Kommission einzusetzen. Daran werden sich die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern anschließen und die Umverteilung von Finanzmitteln wird im Vordergrund stehen. Vor diesem Hintergrund hat der Bund sich nun einiger Handlungsspielräume begeben.

Stärker als auf die Finanzen des Bundes werden sich die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Maßnahmen auf die Finanzen der Sozialversicherungen auswirken. So sind bei der Rentenversicherung vielfältige Leistungsausweitungen beschlossen worden. Die Renten von Müttern sollen für jedes Kind, das vor 1992 geboren wurde, erhöht werden, ein vorzeitiger Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte, die mindestens 45 Beitragsjahre vorweisen können, und die sogenannte Lebensleistungsrente könnten zur Jahresmitte 2014 umgesetzt werden. Während der vorzeitige Rentenzugang wie auch die Lebensleistungsrente die Finanzen der Rentenversicherung vor allem in der längeren Frist erheblich belasten werden, wird die sogenannte Mütterrente schon bei ihrer Einführung spürbare Mehrausgaben zur Folge haben. Bisher wurden Kinder, die nach 1992 geboren worden waren, rentensteigernd berücksichtigt. Diese Leistung wurde aber nicht aus Beiträgen, sondern durch Zuschüsse des Bundes gedeckt,

wie es bei Leistungen, die dem Charakter nach versicherungsfremd sind, auch sein sollte. In den Plänen der Koalition ist aber nur eine geringfügige Erhöhung des Bundeszuschusses vorgesehen. Dies hat zur Folge, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung nicht, wie es nach der geltenden Rechtslage angezeigt gewesen wäre, zu Beginn des Jahres 2014 sinken kann. In der längeren Frist haben die Änderungen zur Folge, dass der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung früher und stärker erhöht werden muss, als es ohne die Ausweitung der versicherungsfremden Leistungen notwendig gewesen wäre.

Außerdem wird der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung ab dem Jahr 2015 um 0,3 Prozentpunkte steigen, weitere 0,2 Prozentpunkte sind für die restliche Legislaturperiode vorgesehen. 0,2 Prozentpunkte der damit verbundenen Mehreinnahmen sollen zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen, insbesondere für eine bessere Betreuung der Pflegebedürftigen sowie der für 2015 gesetzlich vorgesehenen Dynamisierung der Leistungen verwendet werden. Ein Prozentpunkt soll für den Aufbau eines Pflegevorsorgefonds verwendet werden, der künftige Beitragssteigerungen abmildern soll. Im weiteren Verlauf der Legislaturperiode soll der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung um weitere 0,2 Prozentpunkte angehoben werden. Dies soll in Zusammenhang mit der „Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs“ stehen und somit wohl eine weitere Ausweitung des Leistungskatalogs finanzieren. Mit der Ausweitung der Leistungen im Jahr war die Notwendigkeit einer Beitragssatzerhöhung absehbar; sie war allerdings bisher nicht in den Planungen berücksichtigt.

Gegenüber dem bisherigen finanzpolitischen Status quo wird der kumulierte Beitragssatz zur gesetzlichen Sozialversicherung damit deutlich höher sein. Über die Legislaturperiode insgesamt kumulieren sich Beitragsmehreinnahmen von gut 40 Milliarden Euro, die den Produktionsfaktor Arbeit verteuern und damit das potentielle Wirtschaftswachstum belasten. Der größte Teil davon geht auf die Ausweitung versicherungsfremder Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung zurück, die durch Steuermittel finanziert werden müssten.

Die Vermögenstransfers des Staates schwanken im Zeitablauf kräftig, da sich in dieser Position häufig Einmaleffekte niederschlagen.¹⁶ Auch im kommenden Jahr

werden die Vermögenstransfers wohl aufgrund eines Einmaleffekts kräftig steigen. Im Jahr 2014 dürfte der EuGH ein Urteil zur Altersdiskriminierung bei der Beamtenbesoldung fällen. Der in diesem Fall zuständige Generalanwalt hat vor kurzem sein Gutachten vorgestellt. Da der EuGH in der Regel diesem Gutachten folgt, ist davon auszugehen, dass eine Diskriminierung jün-

¹⁶ Insbesondere in Zusammenhang mit der Finanzkrise haben sich hier immer wieder Belastungen des Staates niedergeschlagen.

gerer Beamter festgestellt werden wird. Rückwirkende Zahlungen dürften einschließlich des zurzeit noch nicht abgeschlossenen Haushaltsjahrs 2013 erfolgen und die Vermögenstransfers des Staates im Jahr 2014 erhöhen.

Alles in allem steigen die Ausgaben des Staates im Jahr 2013 um 2,5 Prozent. Im Jahr 2014 legen sie dann um 3,3 Prozent zu und im Jahr darauf um 2,3 Prozent. Damit werden die öffentlichen Haushalte in diesem Jahr mit einem Überschuss abschließen; in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt dieser bei 0,2 Prozent. Im kommenden Jahr zeichnet sich für den öf-

fentlichen Gesamthaushalt hingegen ein – allerdings geringes – Defizit ab. Hier schlagen sich – neben Einmalbelastungen – die im Koalitionsvertrag angekündigten Maßnahmen nieder. Im Jahr 2015 dürften die Haushalte dann mit einem Überschuss abschließen, der in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,7 Prozent liegt. In konjunkturell bereinigter Abgrenzung schließen die öffentlichen Haushalte im Jahr 2013 mit einem Überschuss von 0,4 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ab. Im Jahr 2014 ist der Haushalt dann strukturell ausgeglichen und im Jahr 2015 wird wieder ein leichter Überschuss erreicht.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

RECOVERY IS GAINING SOME MOMENTUM

Abstract: In 2013 the German economy will grow at 0.4 percent which is below the growth rate of potential output. The output gap is 0.5 percent. In 2014 gross domestic product will expand at 1,6 percent and the output gap will nearly be closed. In 2015 the economy will grow above trend at a rate of 2 percent.

The pace of expansion of the world economy has accelerated in the third quarter. Advanced economies contributed more and more to the recovery. The cyclical upturn builds mostly on the revival of private consumption which profits from gradual improvements of labour market conditions and still low rates of inflation. In addition, growth in emerging markets accelerated notably; in particular China and India grew dynamically. Despite the expected start of tapering of unconventional measures in the US, the stance of global monetary policy will remain very expansionary. Moreover, fiscal policy will be less contractionary. Over the course of time, diminishing policy uncertainty will spur investment. Gradual improvements of labour market conditions will revive private consumption. All in all, the global economy will grow at rates of about 4 percent in 2014 and 2015.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

The German economy continued its recovery. However, production will expand only modestly in the final quarter of 2013. German exports will revive as part of the global recovery. As we go along, this in turn spurs investment which will peak at the turn of the year 2014/2015. Then, the overall economy will grow at potential and will decelerate somewhat thereafter.

In light of the recovery, the creation of new jobs will continue, although at a declining rate. Unemployment will increase as the work force grows – mainly due to migration. In 2014 the rate of unemployment will be at 7 percent and will be slightly above that in 2015. As a result of new jobs created, wages will rise. However, since labour supply will not be scarce, mainly due to migration, the rise of wage will be modest. At a rate of 1,3 percent, low inflation props up purchasing power of private households. As the output gap narrows and consumption rises, inflation will rise gently to 1,6 percent in 2014 and to 1,7 percent in 2015.

In 2013, the overall public budget is marginally in surplus of 0.2 percent relative to nominal gross domestic product. In 2014 the budget will be nearly balanced, in 2015 the surplus is 0.7 percent.



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Die Krise im Euroraum ist weiterhin ein hohes Risiko«

1. Herr Fichtner, die deutsche Wirtschaft konnte im Sommer wieder Schwung aufnehmen. Setzt sich diese Erholung fort? Die deutsche Wirtschaft steht zum Ausgang des Jahres 2013 gut da und dürfte sich auch im Jahresverlauf 2014 und 2015 kräftig entwickeln. Wir erwarten Wachstumsraten von 1,6 und 2,0 Prozent. Das sind für die deutsche Wirtschaft sehr solide Raten.
2. Nehmen die deutschen Exporte weiter zu? Die deutschen Exporte dürften sich im Prognosezeitraum recht günstig entwickeln. Wir erwarten, dass die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum wieder etwas an Dynamik gewinnt und deswegen auch die Exporte wieder zunehmend zum Wachstum beitragen dürften, auch wenn gleichzeitig die Importe relativ kräftig wachsen dürften und deshalb der Außenbeitrag relativ gering und teilweise sogar negativ sein wird.
3. Wie ist die Lage der Binnenwirtschaft? Die binnenwirtschaftliche Entwicklung ist sehr gut. Das stützt sich im Wesentlichen auf die aktuell gute Arbeitsmarktsituation, die auch im Prognosezeitraum weiterhin günstig sein wird. Dazu kommt, dass wir in Deutschland relativ niedrige Inflationsraten haben. Wir haben im Jahr 2013 eine Inflationsrate von durchschnittlich 1,5 Prozent gehabt. Im Jahr 2014 dürfte sie bei 1,6 Prozent liegen, übernächstes Jahr bei 1,7 Prozent. Das wirkt sich positiv auf die Kaufkraft der Menschen aus. Das heißt, die Konsumnachfrage entwickelt sich günstig, und auch bei den Investitionen dürfte über die nächsten Quartale mehr und mehr Schwung reinkommen, weil sich die Absatzperspektiven für die deutschen Unternehmen doch wieder deutlich verbessern.
4. In den vergangenen Jahren konnten die Löhne zulegen. Wird diese Entwicklung so fortbestehen? Die Löhne entwickeln sich nach unserer Erwartung auch in den kommenden Jahren relativ günstig. Die Lohnzuwächse werden nicht mehr ganz so schwungvoll sein, wie wir das in den Jahren 2010 und 2011 unmittelbar nach der Krise gesehen haben, aber trotzdem haben wir jedes

Jahr noch ein Lohnplus von ungefähr drei Prozent. Das ist für deutsche Verhältnisse doch eine kräftige Entwicklung.

5. Rechnen Sie mit Beschäftigungseffekten, falls es zu einem flächendeckenden Mindestlohn kommen sollte? Die Beschäftigungswirkungen eines Mindestlohns sind eigentlich nicht seriös abschätzbar. Das ist in dieser Situation umso mehr der Fall, weil überhaupt noch nicht klar ist, welche Unternehmen und welche Beschäftigten davon eigentlich betroffen sein werden. Deswegen arbeiten wir ganz bewusst nur mit Annahmen in Bezug auf die Beschäftigungswirkung des Mindestlohns und spielen dabei drei Szenarien durch: eines, in dem wir quasi keine Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben werden, eines, in dem die Auswirkungen etwas stärker sind und eines, in dem wir relativ deutliche negative Auswirkungen auf die Beschäftigung haben. Dann schauen wir, was das für Konsequenzen für unsere Prognose hat. Unter dem Strich sind die Auswirkungen des Mindestlohns auf das Wachstum wahrscheinlich relativ überschaubar.
6. Wie entwickelt sich das weltwirtschaftliche Umfeld? Aus deutscher Perspektive entwickelt sich die Weltwirtschaft günstig. Vor allem in den Industrieländern ist ein relativ kraftvolles Wachstum zu beobachten. Die Schwellenländer hängen im Moment noch etwas hinterher. Sie dürften aber im Prognosezeitraum wieder relativ kräftig wachsen, wenn auch nicht so stark wie in den Jahren 2010 und 2011.
7. Geht von der Eurokrise weiterhin Gefahr aus? Die Krise im Euroraum ist weiterhin eines der größten Risiken für unsere Prognose. Wenn beispielsweise Banken in den Krisenländern in eine erneute Schieflage geraten sollten, dann könnte das durchaus weiterhin zu Anspannungen auf den Finanzmärkten führen und damit vielleicht auch die insgesamt recht günstige Prognose, die wir für das wirtschaftliche Umfeld der deutschen Volkswirtschaft abgegeben haben, beeinträchtigen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,6	0,4	0,2	0,6	0,6	0,6	0,3	0,2	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,2	0,7	-0,4	0,2	0,2	1,6	-0,1	0,3	-1,1
Arbeitstage	-0,2	0,1	0,9	-1,3	0,8	-0,3	0,6	0,0	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,3	0,7	-0,5	1,5	1,9	0,7	0,6	0,9
Produktivität ¹	-0,1	0,3	1,2	0,2	-0,4	-0,4	1,0	1,3	1,2
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,6	2,0	-0,3	1,1	1,5	1,8	1,9	2,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 104,9	2 165,6	2 237,3	1 023,3	1 081,6	1 052,1	1 113,5	1 087	1 150
Private Haushalte ²	1 573,2	1 616,3	1 669,8	764,7	808,6	784,9	831,4	811	859
Staat	531,7	549,2	567,6	258,6	273,0	267,2	282,0	276	291
Anlageinvestitionen	471,4	500,5	532,3	221,0	250,4	234,4	266,1	249	283
Ausrüstungen	171,6	182,6	200,2	81,4	90,2	84,8	97,8	93	107
Bauten	269,9	286,6	299,0	125,3	144,6	134,7	151,9	140	159
Sonstige Anlageinvestitionen	29,9	31,3	33,1	14,3	15,6	14,9	16,4	16	17
Vorratsveränderung ³	-4,4	-3,7	-4,4	4,6	-9,0	5,4	-9,1	4,8	-9,2
Inländische Verwendung	2 571,9	2 662,4	2 765,2	1 248,9	1 323,0	1 291,9	1 370,4	1 341	1 424
Außenbeitrag	165,5	170,0	173,3	87,0	78,5	89,3	80,7	90	83
Exporte	1 378,7	1 450,7	1 566,4	683,7	695,1	709,5	741,3	762	804
Importe	1 213,2	1 280,7	1 393,1	596,7	616,6	620,1	660,6	672	721
Bruttoinlandsprodukt	2 737,4	2 832,4	2 938,4	1 335,8	1 401,5	1 381,3	1 451,1	1 432	1 507
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,8	2,9	3,3	2,5	3,0	2,8	2,9	3,3	3,3
Private Haushalte ²	2,6	2,7	3,3	2,1	3,0	2,7	2,8	3,3	3,3
Staat	3,4	3,3	3,3	3,6	3,1	3,3	3,3	3,4	3,3
Anlageinvestitionen	0,2	6,2	6,3	-2,4	2,6	6,1	6,3	6,3	6,4
Ausrüstungen	-2,0	6,4	9,6	-4,5	0,4	4,2	8,4	9,8	9,4
Bauten	1,4	6,2	4,3	-1,5	4,1	7,5	5,0	4,1	4,6
Sonstige Anlageinvestitionen	1,9	4,6	5,9	2,0	1,8	4,1	5,0	6,1	5,7
Inländische Verwendung	2,5	3,5	3,9	1,7	3,3	3,4	3,6	3,8	3,9
Exporte	-0,2	5,2	8,0	-1,1	0,7	3,8	6,6	7,4	8,5
Importe	-0,8	5,6	8,8	-1,8	0,2	3,9	7,1	8,3	9,2
Bruttoinlandsprodukt	2,7	3,5	3,7	1,9	3,4	3,4	3,5	3,6	3,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	1 875,9	1 898,0	1 924,8	918,7	957,3	928,8	969,2	942	983
Private Haushalte ²	1 405,2	1 423,7	1 448,6	685,4	719,8	693,8	729,9	706	743
Staat	470,8	474,5	476,5	233,3	237,6	235,1	239,4	236	240
Anlageinvestitionen	427,7	448,0	470,2	200,2	227,5	209,5	238,4	220	250
Ausrüstungen	173,1	183,4	200,2	81,4	91,7	84,4	99,0	92	108
Bauten	219,4	227,7	232,4	102,3	117,0	107,6	120,1	109	123
Sonstige Anlageinvestitionen	33,6	35,7	38,2	15,8	17,8	16,8	18,9	18	20
Inländische Verwendung	2 306,5	2 348,0	2 396,0	1 130,0	1 176,5	1 150,2	1 197,8	1 173	1 223
Exporte	1 294,1	1 362,8	1 453,9	639,4	654,7	667,9	694,9	709	744
Importe	1 118,7	1 187,5	1 276,3	546,0	572,7	575,7	611,7	617	660
Bruttoinlandsprodukt	2 481,7	2 522,2	2 571,8	1 223,3	1 258,3	1 241,7	1 280,5	1 265	1 307
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,8	1,2	1,4	0,4	1,1	1,1	1,2	1,4	1,4
Private Haushalte ²	0,9	1,3	1,7	0,4	1,4	1,2	1,4	1,8	1,7
Staat	0,4	0,8	0,4	0,4	0,4	0,8	0,8	0,5	0,3
Anlageinvestitionen	-0,8	4,7	5,0	-3,4	1,6	4,6	4,8	4,9	5,0
Ausrüstungen	-2,0	6,0	9,2	-4,6	0,4	3,7	8,0	9,4	9,0
Bauten	-0,5	3,8	2,1	-3,3	2,1	5,1	2,6	1,8	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,0	6,2	6,9	2,6	3,3	6,0	6,3	7,1	6,8
Inländische Verwendung	0,8	1,8	2,0	-0,1	1,6	1,8	1,8	2,0	2,1
Exporte	0,4	5,3	6,7	-0,9	1,7	4,5	6,1	6,2	7,1
Importe	1,1	6,1	7,5	-0,5	2,7	5,5	6,8	7,1	7,8
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,6	2,0	-0,3	1,1	1,5	1,8	1,9	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,6	1,4	1,5	1,6	1,6	1,4	1,4	1,5	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,5	2,9	3,2	2,7	2,5	2,5	2,9	2,9
Anlageinvestitionen	1,0	1,4	1,3	1,1	1,0	1,4	1,4	1,4	1,3
Ausrüstungen	0,0	0,4	0,4	0,1	0,0	0,5	0,4	0,4	0,4
Bauten	1,9	2,3	2,2	1,9	1,9	2,3	2,4	2,3	2,2
Exporte	-0,5	-0,1	1,2	-0,1	-0,9	-0,7	0,5	1,1	1,3
Importe	-1,9	-0,6	1,2	-1,3	-2,4	-1,4	0,3	1,1	1,3
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,8	1,7	2,3	2,2	1,9	1,7	1,7	1,7
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2024,4	2084,6	2162,0	993,3	1031,1	1023,3	1061,3	1060	1102
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	255,6	264,9	275,4	124,0	131,6	128,7	136,2	134	142
Bruttolöhne und -gehälter	1159,1	1198,8	1237,5	553,5	605,6	573,3	625,5	592	645
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,7	620,9	649,1	315,8	293,9	321,3	299,6	334	315
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	368,0	398,5	425,7	162,3	205,7	175,4	223,1	189	237
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2392,4	2483,1	2587,7	1155,6	1236,8	1198,7	1284,4	1249	1339
Abschreibungen	408,8	415,4	422,0	204,3	204,6	207,5	207,8	211	211
Bruttonationaleinkommen	2801,2	2898,4	3009,7	1359,8	1441,4	1406,2	1492,2	1460	1550
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2114,4	2200,3	2297,7	1018,7	1095,7	1058,7	1141,6	1105	1192
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	699,7	736,5	784,8	341,1	358,6	356,6	379,9	380	405
Arbeitnehmerentgelt	1414,7	1463,8	1512,9	677,5	737,2	702,1	761,7	726	787
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,4	3,0	3,7	2,2	2,7	3,0	2,9	3,6	3,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,8	3,7	4,0	2,1	1,6	3,8	3,5	4,0	3,9
Bruttolöhne und -gehälter	2,9	3,4	3,2	3,1	2,7	3,6	3,3	3,3	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	1,8	4,6	0,6	3,2	1,7	1,9	4,0	5,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	4,6	8,3	6,8	1,5	7,2	8,0	8,5	7,8	6,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,8	3,8	4,2	2,1	3,4	3,7	3,8	4,2	4,2
Abschreibungen	1,7	1,6	1,6	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6	1,6
Bruttonationaleinkommen	2,6	3,5	3,8	2,0	3,2	3,4	3,5	3,8	3,9
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2,9	4,1	4,4	2,2	3,6	3,9	4,2	4,4	4,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,4	5,3	6,6	1,0	5,8	4,5	6,0	6,4	6,7
Arbeitnehmerentgelt	2,7	3,5	3,4	2,9	2,5	3,6	3,3	3,4	3,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1169,9	1208,1	1240,2	563,1	606,8	581,2	626,9	598	642
Nettolöhne- und -gehälter	770,5	794,0	813,4	364,0	406,4	376,7	417,3	387	427
Monetäre Sozialleistungen	491,2	507,0	522,4	245,3	245,9	251,1	255,9	260	263
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	91,8	93,0	95,6	46,2	45,5	46,6	46,3	48	47
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,7	620,9	649,1	315,8	293,9	321,3	299,6	334	315
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-63,1	-65,0	-66,4	-31,7	-31,4	-32,7	-32,3	-33	-33
Verfügbares Einkommen	1716,5	1764,0	1823,0	847,2	869,4	869,8	894,2	899	924
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,8	31,2	31,5	15,2	15,6	15,4	15,8	16	16
Konsumausgaben	1573,2	1616,3	1669,8	764,7	808,6	784,9	831,4	811	859
Sparen	174,1	178,8	184,8	97,7	76,4	100,3	78,6	104	81
Sparquote in Prozent ⁷	10,0	10,0	10,0	11,3	8,6	11,3	8,6	11,3	8,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,5	3,3	2,7	2,5	2,5	3,2	3,3	3,0	2,4
Nettolöhne- und -gehälter	2,5	3,1	2,4	2,6	2,4	3,5	2,7	2,6	2,2
Monetäre Sozialleistungen	2,5	3,2	3,0	2,5	2,6	2,4	4,1	3,5	2,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,2	1,3	2,8	3,1	1,2	0,9	1,7	3,2	2,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	1,8	4,6	0,6	3,2	1,7	1,9	4,0	5,2
Verfügbares Einkommen	2,2	2,8	3,3	1,5	2,8	2,7	2,9	3,4	3,3
Konsumausgaben	2,6	2,7	3,3	2,1	3,0	2,7	2,8	3,3	3,3
Sparen	-1,3	2,7	3,3	-2,9	0,7	2,6	2,8	3,4	3,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	640,0	656,8	684,4	321,1	318,9	329,4	327,4	343	342
direkte Steuern	337,1	349,1	369,4	172,0	165,1	177,1	171,9	187	183
indirekte Steuern	302,9	307,8	315,0	149,2	153,8	152,3	155,5	156	159
Sozialbeiträge	458,3	473,9	493,3	223,1	235,2	230,8	243,1	240	253
Vermögenseinkommen	22,3	21,9	22,3	12,6	9,7	12,3	9,5	13	10
Laufende Übertragungen	18,0	18,2	18,4	8,6	9,4	8,7	9,5	9	10
Vermögenstransfers	10,6	10,8	10,9	5,1	5,5	5,2	5,5	5	6
Verkäufe	77,5	78,7	80,5	37,2	40,3	37,5	41,2	38	42
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	26,3	24,7	27	25
Insgesamt	1 226,9	1 260,4	1 310,0	607,7	619,1	623,9	636,5	648	662
Ausgaben									
Vorleistungen	134,9	139,1	143,4	62,4	72,5	64,3	74,8	66	77
Arbeitnehmerentgelte	208,3	213,6	220,1	100,3	108,0	102,7	111,0	106	114
Soziale Sachleistungen	221,9	229,9	237,9	110,9	111,1	114,9	115,0	119	119
Vermögenseinkommen (Zinsen)	62,7	62,1	62,6	30,8	31,9	30,5	31,6	31	32
Subventionen	25,0	25,0	25,0	12,2	12,7	12,2	12,7	12	13
Monetäre Sozialleistungen	441,4	456,2	470,5	220,6	220,8	226,0	230,2	234	236
Sonstige laufende Transfers	62,6	63,0	65,4	34,2	28,4	34,9	28,1	36	30
Bruttoinvestitionen	41,9	44,9	46,4	17,1	24,8	19,1	25,8	20	27
Vermögenstransfers	23,9	28,7	20,8	9,5	14,4	10,2	18,6	9	12
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,4	-1,4	-1,4	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-1	-1
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0
Insgesamt	1 221,2	1 261,2	1 290,8	597,5	623,8	614,0	647,1	632	659
Finanzierungssaldo	5,6	-0,8	19,2	10,3	-4,7	9,9	-10,7	16	3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,6	2,6	4,2	3,7	3,5	2,6	2,7	4	4
direkte Steuern	5,5	3,6	5,8	6,3	4,7	3,0	4,1	5	6
indirekte Steuern	1,6	1,6	2,3	0,9	2,2	2,1	1,1	2	2
Sozialbeiträge	2,1	3,4	4,1	2,4	1,8	3,4	3,4	4	4
Vermögenseinkommen	-2,5	-1,9	2,2	3,5	-9,3	-1,8	-2,0	2	3
Laufende Übertragungen	3,4	1,1	1,1	5,7	1,4	1,2	1,1	1	1
Vermögenstransfers	1,3	1,2	1,2	10,1	-5,8	1,3	1,0	1	1
Verkäufe	1,8	1,6	2,3	3,9	-0,1	0,9	2,2	2	2
Sonstige Subventionen	-0,1	0,0	0,0	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0	0
Insgesamt	2,8	2,7	3,9	3,3	2,2	2,7	2,8	4	4
Ausgaben									
Vorleistungen	3,0	3,1	3,1	4,3	2,0	3,0	3,2	3	3
Arbeitnehmerentgelte	2,2	2,6	3,0	2,4	2,0	2,4	2,7	3	3
Soziale Sachleistungen	4,1	3,6	3,5	4,4	3,9	3,6	3,6	4	3
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-1,8	-0,9	0,8	-3,5	-0,1	-0,9	-0,9	1	1
Subventionen	1,3	0,1	0,0	2,6	0,1	0,1	0,1	0	0
Monetäre Sozialleistungen	2,6	3,4	3,1	2,6	2,6	2,4	4,3	4	3
Sonstige laufende Transfers ⁹	5,5	0,4	2,5	3,7	1,9	0,7	-0,3	1	1
Bruttoinvestitionen	1,3	7,2	3,3	1,3	1,4	11,3	4,3	4	3
Vermögenstransfers ⁹	-3,9	4,8	-8,0	-1,0	-2,9	0,6	4,2	-2	-6
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	-0,1	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0	0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0	0
Insgesamt	2,5	3,3	2,3	3,0	2,0	2,8	3,7	3	2

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Im Wochenbericht Nr. 50/2013 ist auf Seite 11 der nicht korrigierte Text abgedruckt worden.

MORE CHILD CARE FACILITIES—REDUCED BURDEN ON PARENTS INCREASES SATISFACTION

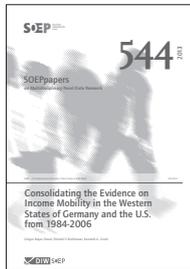
Abstract: As of 2005, and since 2008 in particular, child care provision for under-three-year-olds in Germany has been expanded across the board. We examine whether this expansion of services – using evidence of a reduced burden on mothers and fathers with children in this age group – has significantly increased these parents' satisfaction with various areas of their lives. To shed more light on this issue, we analyze data from the Socio-Economic Panel Study (SOEP) and Families in Germany (FiD) and compare them with official data to provide information about the regional child care ratio. These analyses show that both parents tend to be more satisfied with child care and family life in

a region with a wider range of child care facilities. Particularly for mothers in western Germany, there is also a positive correlation between child care services and satisfaction with income, health, and life in general, indicating that an increased provision of early years child care helps reduce the double burden of work and family against a background of dominant gender roles that still prevail.¹

¹ For further details of the study, see P.S. Schober and C. Schmitt "Day-Care Expansion and Parental Subjective Well-Being: Evidence from Germany," SOEP papers 602 (2013).

SOEP Papers Nr. 544

2013 | Gulgun Bayaz Ozturk, Richard V. Burkhauser and Kenneth A. Couch



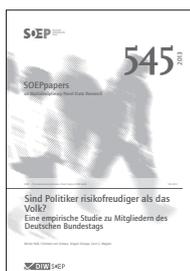
Consolidating the Evidence on Income Mobility in the Western States of Germany and the U.S. from 1984—2006

The cross-national intragenerational income mobility literature assumes within-country mobility is invariant over the period measured. We argue that a great social transformation—German reunification—abruptly and permanently altered economic mobility. Using standard measures of mobility (with panel data for the western states of Germany and the U.S.) over the entire period 1984–2006, we find the conventional result that income mobility is greater in Germany. But when we cut the data into moving five-year windows and compare mobility before and after reunification, income mobility declines significantly over the years immediately following reunification in Germany but not in the U.S.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

SOEP Papers Nr. 545

2013 | Moritz Heß, Christian von Scheve, Jürgen Schupp and Gert G. Wagner



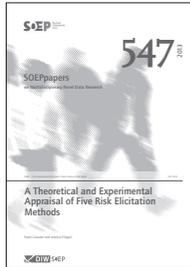
Sind Politiker risikofreudiger als das Volk? eine empirische Studie zu Mitgliedern des Deutschen Bundestags

The paper seeks to answer whether career politicians differ systematically from the general population in terms of their attitudes toward risk. A written survey of members of the 17th German Bundestag in late 2011 identified their risk attitudes, and the survey data was set in relation to respondents of the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) for the survey year 2009 (2002 through 2012). Compared with the population surveyed in the SOEP, members of the German parliament display a considerably higher general risk appetite, which is highly significant. For different areas of risk, last surveyed in the SOEP in 2009, the members of

parliament had significantly stronger risk-loving attitudes across virtually all indicators and risk categories surveyed than the comparison groups of SOEP respondents.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

SOEP Papers Nr. 547
2013 | Paolo Crosetto and Antonio Filippin

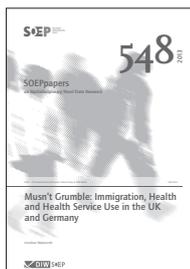


A Theoretical and Experimental Appraisal of Five Risk Elicitation Methods

We perform a comparative analysis of five incentivized tasks used to elicit risk preferences. Theoretically, we compare the elicitation methods in terms of completeness of the range of the estimates as well as their precision, the likelihood of triggering loss aversion, and problems arising when multiple choices are required. Using original data from a homogeneous population, we experimentally investigate the distribution of estimated risk preferences, whether they differ by gender, and the complexity of the tasks. We do so using both non-parametric tests and a structural model estimated with maximum likelihood. We find that the estimated risk aversion parameters vary greatly across tasks and that gender differences appear only when the task is more likely to trigger loss aversion.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

SOEP Papers Nr. 548
2013 | Jonathan Wadsworth



Musn't Grumble: Immigration, Health and Health Service Use in the UK and Germany

A rise in population caused by increased immigration, is sometimes accompanied by concerns that the increase in population puts additional or differential pressure on welfare services which might affect the net fiscal contribution of immigrants. The UK and Germany have experienced significant increases in immigration in recent years. This study uses longitudinal data from both countries to examine whether immigrants differ in their use of health services compared to native born individuals, both on arrival and over time. While immigrants to Germany, but not the UK, are more likely to self-report poor health than the native-born population, the samples of immigrants in both countries use hospital and GP services at broadly the same rate as the native born populations. Controls for observed and unobserved differences between immigrants and native-born sample populations make little difference to these broad findings.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Prof. Dr. Dorothea Schäfer,
Forschungsdirektorin Finanzmärkte
am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin
wieder.

Die Finanztransaktionssteuer ist keine Symbolsteuer

Die Finanztransaktionssteuer sollte eigentlich ganz nach dem Geschmack von Ökonomen sein. Die Stabilität auf den Finanzmärkten ist nämlich wie eine Autobahn ohne Kilometertaut. Sie funktioniert prächtig, solange sich alle Fahrer an die Regeln halten und nicht zu viele Autos auf einmal auf die kostenlose Schnellstrecke wollen. Wenn es sich aber sehr drängelt und zu dicht aufgefahren wird, kommt es sehr schnell zum Stau, und damit zum Zusammenbruch des Systems.

Wie die Autobahn ist die Finanzmarktstabilität also ein öffentliches Gut. Solange Systemstabilität vorhanden ist, kann niemand von der Nutzung des öffentlichen Gutes ausgeschlossen werden. Dementsprechend schauen Finanzmarkthändler auch nur auf die eigenen Profite. Die externen Kosten exzessiven Handels, die Vergrößerung der „Staugefahr“ im System, interessieren die Händler hingegen wenig.

Ökonomen haben ein einfaches marktwirtschaftliches Rezept, um einen solchen Missstand zu beheben und die Übernutzung zu verhindern. Die Nutzung muss einen angemessenen Preis bekommen. Die Finanztransaktionssteuer ist der Preis für die Nutzung des öffentlichen Gutes Finanzmarktstabilität.

Keineswegs also handelt es sich bei der Finanztransaktionssteuer (nur) um eine „Symbolsteuer“, mit der die Banken für ihr Versagen vor und in der Finanzkrise bestraft werden sollen. Vielmehr ist die Steuer ein zutiefst ökonomisches Instrument. Die Steuerbelastung ist hoch, wenn – und nur

wenn – auch die Handelsaktivität, also die Nutzung des Systems hoch ist. Wer hingegen kaum handelt und damit kaum zur „Staugefahr“ beiträgt, wird auch kaum zur Kasse gebeten.

Empirische Untersuchungen haben gezeigt, dass Anleger dann besonders erfolgreich sind, wenn sie langfristig anlegen. Sorgt man fürs Alter vor und spart zum Beispiel in solide Aktien, dann sollte man also schon früh damit anfangen und sein Portfolio wenig umschlagen. Gerade dieses werterhaltende Langfristen Denken wird durch die Finanztransaktionssteuer gefördert. Ein altes Sprichwort lautet: „Hin und her macht Taschen leer.“ Mit der Finanztransaktionssteuer wird dem kurzfristigen, kostenträchtigen Hin und Her der Kampf angesagt, und das ist gut für das Altersvorsorgesparen.

Die Finanztransaktionssteuer bietet auch die einmalige Chance, den Wettbewerb unter den Investmentfonds zugunsten der Anleger anzufachen. Der Gesetzgeber sollte die Fonds zwingen, die verursachte Steuerbelastung zusammen mit ihrer Gebührenabrechnung zu veröffentlichen, und so dem Anleger die Chance geben, sich die kostengünstigsten Fonds herauszusuchen.

Die Steuer funktioniert allerdings nur dann gut, wenn möglichst viele Handelsaktivitäten einbezogen werden. Daher ist zu hoffen, dass die Politik dem intensiven Lobbyismus der Finanzindustrie für eine Vielzahl von Ausnahmen widersteht. Es geht hier auch um ihre Glaubwürdigkeit.
